

# DER HAUPTSTADTBRIEF

106. Ausgabe | 2012 INFORMATIONS- UND HINTERGRUND-DIENST AUS BERLIN

14. Jahr 5 Euro



## Wie viele Milliarden sollen es denn sein?

Am 27. Februar 2012 soll der Deutsche Bundestag die nächsten Hilfgelder für Griechenland bewilligen. 130 Milliarden oder 165 Milliarden – bei Redaktionsschluss am 23. Februar, 15 Uhr, stand die endgültige Zahl noch nicht fest. Zum wiederholten Male gehen die Regierung und der Deutsche Bundestag Verpflichtungen ein, die die Bundesrepublik Deutschland auf viele Jahre belasten werden. Die kritischen Stimmen, ob dies der richtige Weg zur Rettung Griechenlands sei, werden lauter. In diesem Heft lassen wir finanzpolitischen, ökonomischen und juristischen Sachverstand zu Wort kommen. Auch mit der daraus resultierenden Steuerpolitik setzt sich der HAUPTSTADTBRIEF mit einem Pro und Contra auseinander.

**Euro-Rettung: Wie viel Geld schon geflossen ist S. 4**

**Staatsschulden: Die obszöne Gier der griechischen Elite S. 8**

**ESM: Das „Bail-out-Verbot“ wird für immer ausgehebelt S. 12**

**Steuern: Die Finanzkrise ist ein Vorwand zum Zulangen S. 24**

**Wulff: Das alchemistische Machtlabor der Angela Merkel S. 42**

# DER HAUPTSTADTBRIEF 106

## 3 Editorial

Bruno Waltert: Ein Fass ohne Boden?

## 4 Die bisherigen Kosten der Euro-Rettung – eine Zwischenbilanz

Stefan Homburg: Die Verschuldung wird auf Jahre hin ein Dauerproblem der EU sein

## 8 Ein aufgeblähter Beamtenapparat ist nicht schützenswert

Roland Tichy: Die obszöne Gier der griechischen Elite war nicht sofort einsichtig. Aber heute?

## 12 Das „Bail-out-Verbot“ wird für immer ausgehebelt

Dietrich Murswiek: Mit dem ESM entscheidet sich die Politik für dauerhaften Notstand



## 18 Reaktionen auf Euro-Krise und Euro-Rettung

Was anderen Medien aufgefallen ist

## 22 An die Arbeit!

Klaus F. Zimmermann: Die Euro-Rettung braucht arbeitsmarktpolitischen Flankenschutz

## 24 Die Finanzkrise als Vorwand

Brun-Hagen Hennerkes: Der Staat wittert gute Chancen, seine Verfügungsgewalt auszudehnen

## 26 Es gibt gute Gründe für gezielte Steuererhöhungen

Joachim Poß: Die Kritik an den Steuerplänen der SPD ignoriert Realität und Faktenlage

## 28 Impressum

## 30 Es gibt gute Gründe für gezielte Steuersenkungen

Hans-Georg Jatzek: Völlig unsinnige Steuern sind Erbschaftsteuer und Vermögensteuer

## 32 Sie zahlen an den Fiskus, was immer Sie tun

Wie viel, zeigen wir Ihnen an einem typischen Beispiel



## 36 Kann denn Steuer Sünde sein?

Hans Kremendahl: Die SPD will als Steuererhöhungspartei in den Wahlkampf ziehen

## 40 Die Union ist Spitze, aber einsam

Die neuesten forsa-Umfragewerte

## 42 Die fremde Feder

Werner Weidenfeld: Christian Wulff oder Das alchemistische Machtlabor der Angela Merkel

## 44 Die Basis der Energiewende

Bernhard Helbing: Gebäudesanierung ist eine gesellschaftliche Aufgabe

## 47 Chancen in China kennenlernen

Alfons Schneider: Junge Familienunternehmer im Reich der Mitte

## 48 Berlinale-Silber für Regisseur Christian Petzold

Die filmische Erinnerung an die DDR war der Jury einen Bären wert. Ein Interview mit dem Sieger

## 50 Auferstanden aus Ruinen und der Hauptstadt zugewandt

Christina Oberstein: Fashion Week oder Die Wiedergeburt Berlins als Modezentrum

## 54 „Sein Interesse gilt den Menschen“

Frank-Walter Steinmeier: Warum die Fotos von Jim Rakete im Willy-Brandt-Haus hängen

## 56 Gerhard Richters Panorama des Lebens

Peter Funken: Zum 80. Geburtstag gratuliert Berlin dem teuersten Künstler Deutschlands

## 60 Abenteuerreise in eine digitale Welt

Irena Nalepa: „Ryoji Ikeda. db“ ist extra für den Hamburger Bahnhof eingerichtet





**Bruno Waltert**  
Herausgeber und Chefredakteur

## **Ein Fass ohne Boden?**

*Die Aussage unserer Bundesregierung – knapp zwei Jahre ist es her – dass es sich um eine einmalige Rettungsaktion für einen Staat innerhalb der Währungsunion handele, haben wir noch im Ohr.*

*Nun befasst sich der Deutsche Bundestag zum wiederholten Male mit dem nächsten Rettungspaket – diesmal in Höhe von 130 Milliarden Euro, für die deutschen Steuerzahler ein Anteil von 25 Milliarden Euro.*

*Mit welcher Leichtigkeit unsere Volksvertreter – risikobereit – Garantien in Milliardenhöhe durchwinken, macht uns sprachlos. Im Schnellverfahren werden Schecks ausgestellt, die auch irgendwann die Kraft und die Substanz der Bundesrepublik Deutschland erschöpfen werden. Aber nicht nur das: Jede weitere Übernahme von Risiken in Milliardenhöhe lässt nicht erkennen, ob das Projekt Griechenlandhilfe an sich überhaupt eine Chance auf Erfolg birgt.*

*Der Ökonom Prof. Stefan Homburg beschreibt die aktuelle Situation aus ökonomischer Sicht, der Verfassungsrechtler Prof. Dieter Murswiek untersucht in seinem Beitrag die Verfassungskonformität der permanenten Rettungsschirme und Roland Tichy, Chefredakteur der Wirtschaftswoche, reflektiert den Sachverhalt aus journalistischer Sicht.*

*Weiterhin befassen wir uns in diesem Heft mit den vor diesem Hintergrund notwendigerweise zu führenden Diskussionen über ein zukünftiges Steuerkonzept. Steuern rauf! Steuern runter! Ein Thema, das nach unserer Sicht auch die nächsten Bundestagswahlen wesentlich beeinflussen wird.*

*Und nicht zuletzt wieder ein kurzer Blick in die kulturellen Akzente der Hauptstadt Berlin. Rakete. Richter. Ryoji Ikeda.*

*Ihr*

*Bruno Waltert*



**Prof. Dr. Stefan Homburg** ist seit 1997 Professor an der Leibniz Universität Hannover und Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen. Studium der Volkswirtschaftslehre, Philosophie und Mathematik in Köln, Rufe an die Universitäten Bonn, Magdeburg, Köln und Tübingen. Er war Mitglied der Föderalismuskommission und zahlreicher Gremien der Politikberatung.

## Die bisherigen Kosten der Euro-Rettung – eine Zwischenbilanz

Die Verschuldung wird auf Jahre hin ein Dauerproblem der EU und eine Belastung der europäischen Beziehungen sein

Von Prof. Dr. Stefan Homburg

Jetzt, nach der Verabschiedung des zweiten Griechenland-Pakets durch die Finanzminister und Regierungschefs und bevor im Sommer die historische Entscheidung über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ansteht, ist es Zeit, Zwischenbilanz zu ziehen und sich zu vergewissern, welchen Risiken Deutschland durch die verschiedenen Rettungsmaßnahmen nunmehr ausgesetzt ist. Ganz einfach ist das nicht, weil die Politik zahlreiche neue Institutionen und Akronyme geschaffen hat und die jeweiligen deutschen Haftungsanteile unscharf sind. Daher erscheint es richtig, zunächst den Gesamtumfang der Rettungsmaßnahmen zu betrachten.

Begonnen hat alles mit dem ersten Griechenland-Paket, das 2010 mit einem Umfang von 110 Milliarden Euro verabschiedet wurde. Hiermit sollte der griechische Staat bzw. sollten dessen Gläubiger „gerettet“ werden. Schon bald wurde jedoch klar, dass diese Summe nicht ausreichte und das Solvenzproblem auch nicht auf Griechenland beschränkt war. Deshalb erfand man den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM, nicht zu verwechseln mit dem ESM), der

die sogenannten freien Spitzen künftiger EU-Haushalte für Unterstützungszahlungen reserviert. Bei Fälligkeit dieser Zahlungen könnte die EU mehrere Jahre lang lediglich Rechtsverpflichtungen erfüllen, während alle freiwilligen Ausgaben gestrichen werden müssten. Das Volumen dieses Programms beträgt 60 Milliarden Euro.

Darüber hinaus gründeten die Staaten der Eurozone eine Aktiengesellschaft namens Europäische

*Die Obergrenze für die Inanspruchnahme Deutschlands beträgt derzeit zwei Billionen Euro.*

„ Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), deren Aufgabe darin besteht, Kredite an eigentlich nicht mehr kreditwürdige Eurostaaten zu vergeben. Die EFSF finanziert sich ihrerseits durch Ausgabe von Schuldverschreibungen

am Kapitalmarkt. Sie gilt als kreditwürdig, weil die Teilnehmerstaaten die Schuldverschreibungen bis zur Höhe von 780 Milliarden Euro garantieren. Neben EFSM und EFSF trägt auch der Internationale Währungsfonds (IWF) einen erheblichen Anteil der Unterstützungsmaßnahmen, nämlich 250 Milliarden Euro.

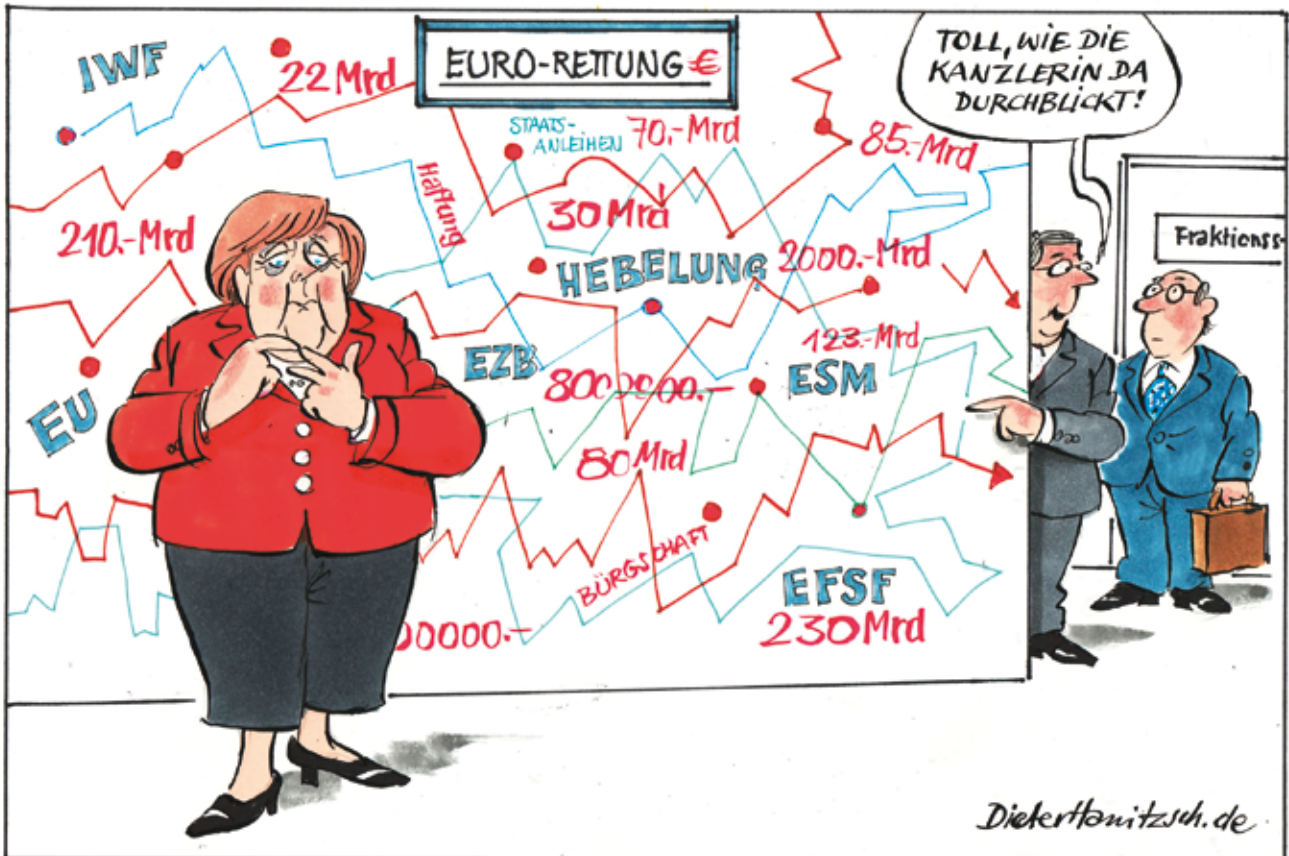
Schließlich darf die Europäische Zentralbank (EZB) nicht vergessen werden, die an den Bei-

standszahlungen auf zweierlei Art mitwirkt: Erstens hat die EZB bis zu diesem Monat – und entgegen dem Lissabonner Vertrag – Staatsanleihen der Problemstaaten in Höhe von rund 220 Milliarden Euro erworben. Als Problemstaaten gelten derzeit Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien, die man zusammenfassend PIIGS nennt.

Zweitens betreibt die EZB das sogenannte Target2-System. Hierbei handelt es sich um ein

satz zu den vorstehend genannten Positionen sind Target2-Schulden zwar formal besichert, doch bestehen die Sicherheiten, und genau da liegt das eigentliche Problem, hauptsächlich aus Schuldpapieren der Problemstaaten und ihrerseits unbesicherten Bankschuldverschreibungen.

Zur Ermittlung des Gesamtrisikos dürfen Zahlungen aus dem zweiten Griechenland-Paket sowie an Irland und Portugal nicht separat veranschlagt



Verrechnungssystem der Eurozone, das gründlich aus dem Ruder gelaufen ist: Eigentlich sollte Target2 nach Art eines Kontokorrents die auf Tagesbasis verbleibenden Salden der teilnehmenden Notenbanken und sonstigen Banken ausgleichen. Entgegen dieser Idee sind in dem System allerdings riesige Schuldenberge der PIIGS aufgelaufen, denen entsprechende Guthabenpositionen Deutschlands und anderer Staaten gegenüberstehen. Konkret schuldeten die PIIGS dem System (im November 2011) 573 Milliarden Euro, während das deutsche Guthaben derzeit knapp 500 Milliarden Euro beträgt. Im Gegen-

werden, weil sie – im Gegensatz zum ersten Griechenland-Paket – aus den oben genannten Fonds geleistet werden. Der im Feuer stehende Euro-Betrag ergibt sich aus dem ersten Griechenland-Paket (110 Milliarden), dem EFSM (60 Milliarden), der EFSF (780 Milliarden), dem IWF-Europrogramm (250 Milliarden), den EZB-Schuldenkäufen (220 Milliarden) und den Target2-Schulden der GIIPS (573 Milliarden), das macht in Summe ziemlich genau 2000 Milliarden, also zwei Billionen Euro.

Welcher Anteil an den zwei Billionen Euro Haftungsrisiko entfällt nun auf Deutschland?

Eine klare Antwort auf diese wichtige Frage ist unmöglich, weil Deutschland zwar an allen Maßnahmen mit gewissen Prozentsätzen beteiligt ist, die Prozentsätze aber nicht für alle Zeiten feststehen, sondern davon abhängen, welche Staaten im Fall des Falles effektiv haften.

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: An der EZB ist Deutschland formal mit gut 27 Prozent beteiligt. Der daraus mechanisch errechnete deutsche Haftungsanteil an den von der EZB erworbenen PIIGS-Anleihen, also rund 60 Milliarden Euro, setzt aber voraus, dass alle Eurostaaten, also auch Griechenland, Irland und Portugal, als Haftende zur Verfügung stehen. Rechnet man diese drei Staaten heraus, erhöht sich der deutsche Anteil bereits auf 29 Prozent. Sollten auch Italien und Spanien unter den Rettungsschirm schlüpfen, läge der deutsche Haftungsanteil bei knapp 43 Prozent. Ähnlich verhält es sich mit den übrigen Programmen, deren Texte zudem oft unklar formuliert sind und großen Auslegungsspielraum eröffnen. Als sicher kann daher nur gelten,

*Der 100-Milliarden-Euro-Schuldenschnitt bringt jedem griechischen Bürger 10 000 Euro ein.*

dass die Obergrenze für die Inanspruchnahme Deutschlands derzeit zwei Billionen Euro beträgt.

Diese Schätzung mag übertrieben pessimistisch erscheinen. Bedenkt man aber, dass der französische Staatspräsident ungeachtet aller Lippenbekenntnisse zur Vorbildfunktion Deutschlands die französische Schuldenpolitik ungehemmt weiterführt und alsbald womöglich

von seinem sozialistischen Konkurrenten abgelöst wird, der als erste Amtshandlungen die Kündigung des Fiskalpakts und eine starke Aufstockung der öffentlichen Ausgaben versprochen hat, ist

ein Ausfall Frankreichs als Haftungsschuldner nicht von der Hand zu weisen. Die Herabstufung Frankreichs auf den Kapitalmärkten mag hier ein Menetekel sein. Fällt Frankreich aus, würden neben Deutschland nur noch einige kleinere Staaten wie Luxemburg oder Finnland als Garantiegeber verbleiben, womit die Hauptlast von Deutschland zu schultern wäre.



Die hiermit gezogene Zwischenbilanz stellt freilich nur den bisherigen Risikostand dar; denn die vorstehenden Überlegungen blenden den für Sommer geplanten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) aus. Sein Kapital ist auf 700 Milliarden Euro veranschlagt, wovon 80 Milliarden Euro einzuzahlen und 620 Milliarden Euro jederzeit abrufbar sind. Inzwischen hat jedoch insbesondere der IWF zu erkennen gegeben, dass er das in Aussicht genommene Volumen für unzureichend und eine Aufstockung des ESM auf etwa eine Billion Euro für erforderlich hält, widrigenfalls er sich am zweiten Griechenland-Paket nicht in bisher geplanter Weise beteiligen wird.

Darüber hinaus, und das ist der wichtigste Punkt, haben die bisherigen Beistandsmaßnahmen, die die oft zitierte „No-Bail-out-Klausel“ des Lisabonner Vertrags verletzen, Begehrlichkeiten geweckt, die eine künftige Intensivierung der Verschuldungsproblematik befürchten lassen.

Diese Begehrlichkeiten lassen sich am Beispiel Griechenlands gut verdeutlichen: In der Vergangenheit hat Griechenland (angenehme) Ausgaben für seine Bürger geleistet, die nicht durch (unangenehme) Steuern finanziert wurden, sondern durch Schulden und das darin liegende Rückzahlungsversprechen. Ginge es mit rechten Dingen zu, müssten 10 Millionen Griechen nunmehr entsprechende Budgetüberschüsse erwirtschaften, um die Schulden zurückzuführen. Dieses Versprechen wurde durch einen 100 Milliarden Euro schweren sogenannten Schuldenschnitt gebrochen, der jedem griechischen Bürger, vom Baby bis zum Greis, im Schnitt 10 000 Euro einbringt. Hinzu kommen weitere Tausende Euro pro Kopf durch die Beistandszahlungen. Ein solcher Gewinn, das steht fest, bedeutet eine politisch unwiderstehliche Verlockung für andere Staaten, eine Verlockung, der das vertragliche Beistandsverbot begegnen sollte.

Indem die europäischen Staats- und Regierungschefs den Vertrag brachen und das Beistandsverbot vom Tisch wischten, haben sie eine Büchse der Pandora geöffnet, die sich durch neue „strenge Regeln“ nicht wird schließen lassen. Daher wird die Verschuldung auf Jahre hin ein Dauerproblem Europas und eine Belastung der europäischen Beziehungen sein. ◆

**Hier sehen Sie 885 Euro. Wenn Sie neun Nullen ranhängen, haben Sie 885 Milliarden Euro – auch das reicht notfalls nicht zur Euro-Rettung.**



FOTOLIA/TATIANA BALZER



**Roland Tichy** ist Chefredakteur des Magazins *Wirtschaftswoche*. Der studierte Volkswirt war in den 1980-er Jahren Mitarbeiter im Planungsstab des Bundeskanzleramtes, bevor er als Bonner Korrespondent der *Wirtschaftswoche* in den Journalismus wechselte. 2008 erhielt er den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik.

## Ein aufgeblähter Beamtenapparat ist kein schützenswerter Zustand

Das erste Rettungspaket mag begründbar gewesen sein – die obszöne Gier der griechischen Elite war nicht sofort einsichtig. Aber das war vor zwei Jahren

Von Roland Tichy

Am Montag, dem 27. Februar 2012, werden die Abgeordneten des Deutschen Bundestags zusammentreten, noch beeindruckt von den Nachwirkungen des Karnevalswochenendes und dem spannungsvollen Politkrimi um Rücktritt und Nachfolge des Bundespräsidenten, mitten im Koalitionskrach und unter dem Vorwurf gegenseitiger Erpressung. Das ist kein guter Zeitpunkt für kluge und durchdachte Entscheidungen. Und doch: Dann werden die Abgeordneten flugs abstimmen müssen über das neuerliche Griechenland-Krisenpaket, das die Bundesregierung zwischenzeitlich ausgehandelt hat. Manchen dürfte das auch ganz recht sein – denn im Windschatten der Aufmerksamkeit, die der Fall Gauck absorbiert, lässt sich das Krisenpaket ohne allzu großen Wirbel durch den Bundestag schieben. Und um auch wirklich bloß keine Fragen oder gar Debatten aufkommen zu lassen, wird wieder viel von Alternativlosigkeit die Rede sein und davon, dass, wer die Hilfszusagen infrage stellt, auch Europa gefährde. Bei so viel Pathos und parteipolitischer Krise verschwinden schnell die Dimensionen. Immerhin geht es um ein Hilfspaket von 130 Milliarden Euro (etwa die Hälfte des derzeit

Steueraufkommens des Bundes), davon wird Deutschland voraussichtlich mit rund 25 Milliarden Euro haften – immerhin dem Gegenwert der diesjährigen Nettoneuverschuldung des Bundes.

Wer erinnert sich da noch, dass bereits vor zwei Jahren ein erstes Hilfspaket von 110 Milliarden Euro durch den Bundestag gepeitscht wurde – offen-

*Die Klasse der Eurokraten ist gegen einen Euro-Austritt: Für sie käme dies einer Art Enteignung gleich.*

“sichtlich ebenso alternativ- wie wirkungslos? Es wäre angesichts dieser gigantischen finanzpolitischen Bedrohung unserer Zukunft ratsam, wenn sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestags doch mit ein paar Fragen

beschäftigen würden – etwa der, dass der Euro mit Europa sehr wenig zu tun hat. Die Euro-Zone umfasst 17 Mitgliedsstaaten, die Europäische Union 27 Staaten, zum kulturell-historischen Europa zählen auch Länder wie die Schweiz, Norwegen, aber auch Staaten wie die Ukraine, Georgien und Russland. Längst haben wir akzeptiert, dass sich die europäische Einigung in unterschiedlicher Geschwindigkeit vollzieht. Wer nicht in der Spitzenliga spielt, ist trotzdem nicht raus. Was spräche also dagegen, Griechenland aus der Euro-Zone zu entfernen? Die erste Feststellung ist: Das





**Ein volles Rettungspaket für Griechenland: Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind Gefangene ihrer bisherigen Fehlentscheidungen.**

beschworene bittere, unausweichliche Ende des europäischen Traums wäre nicht zu befürchten, wenn Griechenland sich in einer Liga mit Polen, Ungarn, Dänemark oder Großbritannien wiederfände – Mitglieder der Union ohne Währungsunion.

Und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten eines griechischen Austritts und offen erklärten statt verschleppten Staatsbankrotts? Es gibt sie, aber das ist die zweite Feststellung, sie hätten heilsamen und problemlösenden Charakter. Sicherlich würde die Einführung der Drachme eine Abwertung von 30 oder 50 Prozent zur Folge haben. Damit würden sich griechische Importe verteuern und griechische Exporte und Tourismuspreise verbilligen. Das heißt also, die importierten BMWs und Toyotas würden unerschwinglich teuer – die Preise für einheimisches Lammfleisch, Brot, den Arztbesuch, Haarschnitt und Tomaten würden sinken, griechische Exporte der Landwirtschaft, Petrochemie und Schifffahrtsindustrie billiger, Hotelpreise für Touristen wieder wettbewerbsfähig. Für Arbeitnehmer in Griechenland, die ihr Einkommen auf den Arbeits- und Gütermärkten erzielen müssen, ist das keine schlechte Perspektive. Denn das einheimische Warenangebot

von Nahrungsmitteln bis lokalen Produkten und Dienstleistungen aller Art würde ebenfalls durch die Abwertung verbilligt, aber dafür würden exportorientierte Arbeitsplätze und Beschäftigung im Tourismus boomen, Importe durch heimische Angebote ersetzt. So würde Kapital ins Land gelockt, das nicht auf ein Sperrkonto zur Befriedigung ausländischer Banken fließen würde, sondern für Investitionen zur Verfügung stünde.

Natürlich käme es zu kurzfristigen Schwierigkeiten. Wir kennen sie sehr gut, nämlich aus dem Transformationsprozess der osteuropäischen Staaten: Nach der Übergangsphase stünde eine weit wettbewerbsfähigere Wirtschaft. Auch politisch wäre das vorteilhaft: Der Demütigungsprozess immer neuer Sparprogramme, die Entmündigung durch immer neue Euro-Sparkommissare und internationale Verachtung, die nationale Bevormundung bliebe dem stolzen Volk der Griechen erspart.

Warum aber sperrt sich die griechische Politik und ihr aufgeblähter Beamtenapparat dagegen? Die dritte Feststellung ist ebenso einfach wie bitter: Derzeit erhalten Mitglieder dieser Elite ihre Gehälter in Euro und damit ein Einkommen auf

westeuropäischem Niveau. Die Drachmisierung der griechischen Wirtschaft würde für sie einen Absturz ihres Einkommensniveaus und eine maßlose Verteuerung ihres importierten Luxuslebensgefühls bedeuten. Von der Dynamisierung der Drachmen-Wirtschaft würden sie aber nicht sofort profitieren. Gewinner wären zunächst tüchtige Unternehmer und leistungsbereite Arbeitnehmer, deren Einkommen mit dem Anspringen der Wirtschaft steigt. Beamten- und Politikergehälter blieben zurück – wenigstens zunächst, und vielleicht käme man ja zur Erkenntnis, dass man von beidem, Beamten und Politikern, weniger braucht, sie mehr im Wege stehen als zur Lösung des wirtschaftlichen Desasters beitragen. Deshalb ist die Klasse der Eurokraten, eine derzeit ebenso privilegierte wie unproduktive Schicht, so entschieden gegen einen Austritt aus der Euro-Zone: Für sie käme dies einer Art Enteignung gleich, vergleichbar mit der Enteignung unproduktiver Latifundienbesitzer zu Gunsten leibeigener Bauern.

*Die Allparteieneinigkeit  
ist in Wirklichkeit  
nichts anderes als ein  
Schweigekartell über die  
wahren Folgen.*

Die bürokratisch-politische Klasse Griechenlands hat tatsächlich die Arbeitnehmer und Selbstständigen Griechenlands zur Geisel genommen, bürdet diesen immer neue Lasten, Sparprogramme und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit auf, nur um ihre eigenen überhöhten Euro-Einkommen zu sichern. Der Rest Europas hat sich darauf mit dem ersten Hilfspaket eingelassen und gerät mit jedem neuen Hilfspaket in eine noch weitere Abhängigkeit: Mittlerweile hat sich die Europäische Zentralbank derart mit de facto wertlosen griechischen Staatsanleihen vollgepumpt, dass sie mit unanständigen Verfahren, offenem Rechtsbruch und Umtauschaktionen verhindern muss, wie normale Geschäftsbanken am Schuldenschnitt beteiligt werden. Denn ein Schuldenschnitt würde das Kapital der EZB ausradieren und die Träger, also die Euro-Staaten, zum Ersatz und zur Rekapitalisierung zwingen. Dann müsste beispielsweise Deutschland einen zweistelligen Milliardenbetrag aus dem Bundes-

haushalt zur Verfügung stellen – damit würde das Versagen der bisherigen Rettungsaktion offenkundig, die verschwiegenen Kosten würden „brutalst möglich“ aufgedeckt – eine Peinlichkeit für die Regierung, aber auch für die Opposition, die ja die Regierung ausdrücklich dazu ermuntert und zu immer neuen Rettungsprogrammen antreibt. Die so stolz vorgetragene Allparteieneinigkeit ist ja in Wirklichkeit nichts anderes als ein Schweigekartell über die wahren Folgen.

Nun mag ja das erste Rettungspaket gerade noch begründbar gewesen sein – die obszöne Gier der griechischen Elite war so nicht sofort einsichtig, das wirtschaftliche und administrative Versagen zu sorgsam kaschiert, die Gefahr eines Schocks für Banken, Unternehmen und andere Problemländer wie Portugal, kurz, die Ansteckungsgefahr zu gefährlich. Aber das war vor zwei Jahren. Banken oder Unternehmen, die sich seither gegen einen Bankrott Griechenlands

nicht abgesichert haben, brauchen weder unsere Hilfe noch unser Mitleid; denn Dummheit darf kein schützenswerter Zustand zu Lasten des Steuerzahlers sein. Das jetzige Hilfspaket verbrennt nur jene Mittel, die Länder wie Portugal und Spanien dringend benötigen, um sie vor dramatisierten Zinserhöhungen zu schützen.

Ob das die Abgeordneten des Deutschen Bundestags debattieren? Wohl kaum. Sie sind Gefangene ihrer bisherigen Fehlentscheidungen, ihres mangelnden Muts vor vermeintlichen Fachleuten der Fraktion und nicht durchdachter Europa-Begrifflichkeit: Der Euro ist eine Währung, nicht mehr und nicht weniger, er funktioniert mit mehr oder weniger Mitgliedern und er ist nicht Europa. Nein, der europäische Traum ist mehr als ein paar Geldscheine. Vor allem aber: Währungspolitik eignet sich nicht für europäische Symbolpolitik. Bislang aber wird der Euro zur Symbolpolitik missbraucht – ein Missbrauch, der den gemeinsamen Wohlstand und sogar das politische Projekt gefährdet. ◆



BINDER erkennen Sie  
an Präzision.  
Und am roten Dreieck.

◀ BINDER ULTRA.GUARD™  
-86 °C Ultra- Tiefkühlschrank  
zur Langzeittlagerung von Proben

Unter den vielen bemerkenswerten Eigenschaften eines BINDER Simulationsschranks gibt es eine, die uns besonders auszeichnet: die Präzision. Zwischen - 86° und 300° Celsius arbeiten unsere Schränke besonders genau und liefern erstklassige Ergebnisse. Jeder einzelne Schrank erfüllt dabei einen Teil unserer Mission: Die Gesundheit und Produktqualität für die Menschheit zu erhöhen. Als international agierendes Familienunternehmen sind wir seit Jahren der weltweit größte Spezialist unseres Fachs.

BINDER GmbH | Im Mittleren Ösch 5 | D-78532 Tuttlingen  
Telefon: 07462/2005 0 | [www.binder-world.com](http://www.binder-world.com)

 **BINDER**  
Best conditions for your success



**Prof. Dr. Dietrich Murswiek** ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Öffentliches Recht der Universität Freiburg. Bei den Verfassungsbeschwerden gegen den Vertrag von Lissabon und den Euro-Stabilisierungsmechanismus EFSF war er Prozessvertreter des Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler.

## Das „Bail-out-Verbot“ wird für immer ausgehebelt

Mit der Entscheidung für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) entscheidet sich die Politik für einen dauerhaften Notstand mit dirigistischen Eingriffen in die Haushalts-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten

Von Prof. Dr. Dietrich Murswiek

Der „Euro-Rettungsschirm“ war ein krasser Verstoß gegen die im Vertrag von Maastricht – jetzt im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) geregelte – europäische Währungsverfassung. In deren Zentrum steht das „Bail-out-Verbot“: Der Vertrag verbietet nicht nur der EU, sondern auch den Mitgliedstaaten, für die Schulden anderer Mitgliedstaaten einzustehen, anderen Mitgliedstaaten Kredite zu gewähren oder sich für solche Kredite zu verbürgen. Das Bail-out-Verbot ist für die Stabilitätskonstruktion der Währungsunion von zentraler Bedeutung. Nur wenn jedem Mitgliedstaat klar ist, dass er die Folgen unsolider Haushaltspolitik selbst zu tragen hat, wird er die nötigen Anstrengungen für eine nachhaltige Haushaltspolitik unternehmen. Kann er hingegen mit der Hilfe anderer Staaten rechnen, ist der Anreiz groß, sich zu verschulden und auf Kosten anderer bequem zu leben. Genau dies will der Vertrag vermeiden.

Die Verletzung des Bail-out-Verbots durch das Griechenland-Rettungspaket und den kurz danach im Frühjahr 2010 beschlossenen „Euro-Rettungs-

schirm“ wurden damit gerechtfertigt, dass sie zur Behebung einer akuten Notlage unerlässlich seien: Not kennt kein Gebot. Der Notstands- und Ausnahmecharakter dieses „Rettungsschirms“ wurde damit unterstrichen, dass er auf drei Jahre befristet wurde. Nach Ablauf dieser Frist, so wurde uns zunächst versichert, solle es auf keinen Fall eine Verlängerung geben. Diese Zusicherung war konsequent: Wer mit Notstand argumen-

*Der ESM ist der Abschied  
von Markt,  
Eigenverantwortlichkeit  
und Demokratie.*

tiert, ist verpflichtet, so schnell wie möglich den Normalzustand wiederherzustellen, das Notstandsregime aufzuheben und den normalen Regeln wieder Geltung zu verschaffen.

Davon ist heute keine Rede mehr. Im Gegenteil: Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) soll ab Mitte 2012 ein dauerhafter – nicht mehr befristeter – und auf völkerrechtlicher Ebene institutionalisierter Bail-out-Mechanismus zur Verfügung stehen. Das Notstandsregime wird beendet, indem man es zum Normalzustand erklärt. Um die Bail-out-Politik zu legalisieren, wird der Vertrag geändert. Es wird eine neue Vorschrift geben (Artikel 136 Absatz 3 AEUV), die die Eurostaaten ermächtigt,

einen Bail-out-Mechanismus einzurichten. Der heißt im Vertrag „Stabilitätsmechanismus“.

Das Bail-out-Verbot, das mit dem ESM-Vertrag praktisch abgeschafft wird, war eine marktwirtschaftliche Schuldenbremse: Da die Staaten sich nur zu Marktkonditionen Kredit beschaffen durften, musste eine starke Verschuldung zu höheren Zinsen führen. Je stärker die Verschuldung, desto höher der Zins, desto schwieriger also, noch mehr Verschuldung zu finanzieren und desto stärker der Anreiz, für einen Abbau der Schulden zu sorgen. Diese marktwirtschaftliche Schuldenbremse lässt den Staaten ihre Eigenverantwortlichkeit im Hinblick auf ihr Ausgabenverhalten und ihre Generierung von Einnahmen, erzeugt aber den nötigen Druck für eine nachhaltige Haushaltspolitik. Leider hat das seit Einführung des Euro bis ins Jahr 2009 nicht funktioniert, weil die Marktteilnehmer fälschlich den gemeinsamen Währungsraum als einen Raum einheitlicher Risiken wahrgenommen, zum Teil aber auch bewusst auf die Nichtanwendung der vertraglichen Vorschriften –

also auf ein Bail-out im Falle der Insolvenzgefahr – spekuliert haben. Als die Märkte zu risikoadäquaten Zinsen zurückzukehren begannen, wie es sie vor Einführung des Euro gegeben hatte, tat die Politik so, als gebe es so etwas wie ein Naturrecht auf Niedrigzinsen für alle. Da die Märkte das nicht mehr hergeben wollten, wurden die Marktmechanismen mit der Bail-out-Politik und mit den Anleihekäufen der EZB außer Kraft gesetzt und niedrige Zinsen dirigistisch hergestellt.

Zugleich diktierten die Geberstaaten den Nehmerländern als Darlehensbedingungen strikte Auflagen zur Haushaltskonsolidierung. Das ist verständlich und im Prinzip richtig, denn nur so besteht überhaupt eine Chance, das Geld irgendwann zurückzubekommen. Es ist hetzerisch und unanständig, wenn in griechischen Medien die Bundeskanzlerin in die Tradition nationalsozialistischer Aggressionspolitik gestellt wird. Statt Dank für unsere Rettungsmilliarden ernten wir Wut und Beschimpfungen. Die Bundesregierung ist dabei, mit ihrer – natürlich gut gemeinten –

**Das Bail-out-Verbot, das der ESM-Vertrag abschafft, war eine marktwirtschaftliche Schuldenbremse. Der Euro bröckelt aus Mangel an Marktwirtschaft.**



Rettungspolitik Deutschland zum unbeliebtesten Land in Europa zu machen und die Früchte der europäischen Völkerverständigung zu vernichten.

So berechtigt es ist, Darlehen nur gegen strikte Auflagen zu vergeben, so erleben die Menschen in den von der „Euro-Rettung“ beglückten Ländern doch jetzt, dass sie keine Demokratie mehr haben. Alle wesentlichen Entscheidungen werden von der Troika aus EU, EZB und IWF oder von den Finanzministern der Geberländer getroffen – die heimischen Regierungen und Parlamente müssen das vollziehen. Das hat zwar nichts mit Imperialismus oder Neokolonialismus zu tun, sondern das ist ein selbstverschuldeter Freiheitsverlust. Wer sich überschuldet, begibt sich in die Hände der Gläubiger. Aber gleichgültig, wer die Ursache für den Verlust der Demokratie gesetzt hat – die Tatsache des Verlustes bleibt bestehen. In Griechenland geht das ja so weit, dass die Parteien sich vor der Parlamentswahl verpflichten müssen, die der Troika gegebenen Sparusagen auch nach der Wahl aufrechtzuerhalten. Dem Volk wird die Möglichkeit genommen, mit dem Stimmzettel eine Änderung der Politik herbeizuführen.

Hätte sich diese Zerstörung der griechischen Demokratie vermeiden lassen? Ja – Griechenland hätte das Finanzdiktat der Geberstaaten vermeiden können, wenn es in die Insolvenz gegangen, die Eurozone verlassen und zur Drachme zurückgekehrt wäre. Und diese Option steht Griechenland immer noch offen. Nur so kann es seine Demokratie und seine Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen.

Die Anwendung des vertraglichen Bail-out-Verbots hätte anders als der „Rettungsschirm“ nicht als Diktat fremder Staaten gewirkt, sondern als ganz normaler und für jeden nachvollziehbarer Marktmechanismus. Die überschuldeten Staaten wären nicht von Deutschland oder Holland, sondern von den privaten Kreditgebern – in Form von

höheren Zinsen – „bestraft“ worden. Sie hätten in Eigenverantwortung und nicht zur Erfüllung von anderen Regierungen formulierter Auflagen zur Haushaltssolidität zurückfinden müssen. Das hätte nicht nur der Lösung der ökonomischen Probleme, sondern auch dem Frieden in Europa besser gedient als die jetzige Rettungspolitik. Die Bundeskanzlerin will den Euro retten, um den Frieden in Europa zu sichern. Jetzt sehen wir, dass die Rettungspolitik in einem seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gekannten Ausmaß den Völkerhass schürt und dass sie nicht nur ungeeignet ist, die Eurokrise zu lösen, sondern dass sie einen Sprengsatz an die Idee der europäischen Einigung legt, der zu dienen sie sich doch verpflichtet fühlt.

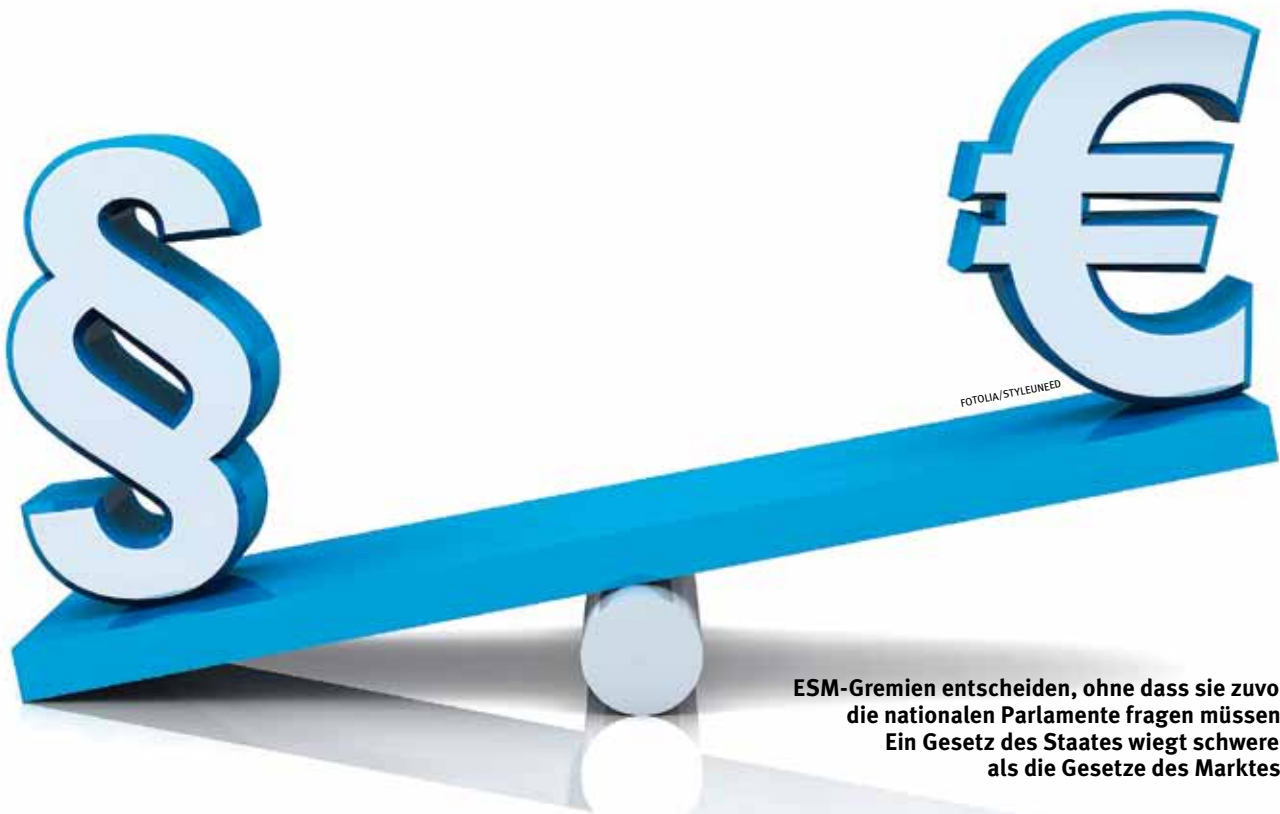
Mit dem ESM kapituliert die Politik vor der Aufgabe, den Notstand zu beenden und die Geltung des marktwirtschaftlichen und die Eigenverantwortlichkeit, Souveränität und Demokratie der Mitgliedstaaten respektierenden Bail-out-Verbots wieder herzustellen. Mit der Entscheidung für den ESM entscheidet sich

*Die Rettungspolitik  
schürt den Völkerhass  
in einem seit dem  
Zweiten Weltkrieg nicht  
gekannten Ausmaß.*

die Politik für eine dauerhafte Bail-out-Politik mit dauerhaften dirigistischen Eingriffen in die nationale Haushalts-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten und mit Sozialisierung der von privaten Finanzinstituten unverantwortlich eingegangenen Risiken.

Mit dem ESM wird aber nicht nur eine dirigistische, zentralistische und marktwirtschaftsfeindliche Politik fortgesetzt, sondern diese Institution ist auch in sich selbst undemokratisch und führt zu zusätzlichen Problemen für die Haushaltsverantwortung des Bundestages.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem „Rettungsschirm“-Urteil vom 7. September 2011 entschieden, dass im Rahmen der Rettungspolitik jede ausgabenwirksame Hilfsmaßnahme größeren Umfangs vom Bundestag im Einzelnen bewilligt werden muss. Auch müsse darüber



**ESM-Gremien entscheiden, ohne dass sie zuvor die nationalen Parlamente fragen müssen. Ein Gesetz des Staates wiegt schwerer als die Gesetze des Marktes.**

hinaus hinreichender parlamentarischer Einfluss auf die Art und Weise des Umgangs mit den zur Verfügung gestellten Mitteln bestehen. Diesen Anforderungen wird der ESM-Vertrag in keiner Weise gerecht. Der Vertrag sieht eine Entscheidung der nationalen Parlamente nur für den Fall von Kapitalerhöhungen vor. Alle anderen Entscheidungen – mag ihre Tragweite auch noch so groß sein – werden von den ESM-Gremien getroffen, ohne dass diese zuvor die nationalen Parlamente fragen müssen.

Beispielsweise könnte die maximale Darlehenssumme vom Gouverneursrat ohne weiteres von 500 Milliarden auf 700 Milliarden Euro erhöht werden. Ein anderes Beispiel: Die Mitgliedstaaten müssen von den 700 Milliarden Euro Stammkapital zunächst 80 Milliarden Euro einzahlen, davon Deutschland 21,7 Milliarden Euro. Es ist ohne weiteres möglich, dass der Gouverneursrat plötzlich einen Kapitalabruf beschließt, der für Deutschland beispielsweise zu der Verpflichtung führt, innerhalb von drei Monaten einen Betrag von 10 Milliarden Euro zu überweisen. Das wäre etwa so viel wie gemäß dem Haushaltsplan der Bund in einem Jahr für Bildung und Forschung zur Verfügung hat. Auch die Entscheidung, einen weiteren Staat unter den „Rettungsschirm“ zu

nehmen, oder die Entscheidung, einem Staat eine neue Darlehenstranche auszuzahlen, die Bewilligung vorsorglicher Kreditlinien oder der Ankauf von Staatsanleihen werden vom Gouverneursrat getroffen, ohne dass der Vertrag eine Parlamentsbeteiligung vorsieht. Der Gouverneursrat kann all diese Entscheidungen sogar an das Direktorium delegieren.



### **Die Milliarden des ESM**

Genehmigtes Stammkapital:  
700 Milliarden Euro

Anteil der Bundesrepublik Deutschland:  
190 Milliarden Euro (27,15 Prozent  
von 700 Milliarden Euro)

Davon einzuzahlendes Stammkapital:  
anfänglich 80 Milliarden Euro, davon  
Deutschland 21,7 Milliarden Euro

Zusätzliche Kapitalabrufe: jederzeit möglich

Anfängliches maximales Darlehens-  
volumen: 500 Milliarden Euro

Erhöhung des Darlehensvolumens:  
jederzeit möglich

Das alles sind Entscheidungen, die den Bundeshaushalt in gravierendem Maße belasten können und die nach dem „Rettungsschirm“-Urteil ohne Zustimmung des Bundestages nicht getroffen werden dürfen. Um diese offenkundigen Demokratiedefizite des ESM-Vertrages zu kompensieren, bedarf es eines Begleitgesetzes, in dem das deutsche Mitglied des Gouverneursrats und sein Stellvertreter verpflichtet werden, bei allen derartigen Entscheidungen mit „Nein“ zu stimmen, wenn nicht zuvor der Bundestag seine Zustimmung gegeben hat.

Sehr fraglich ist allerdings, ob ein nationaler Parlamentsvorbehalt auch gegenüber dem Direktorium möglich ist. Ein Direktoriumsmitglied wird zwar vom deutschen Finanzminister ernannt und kann somit als „deutsches“ Direktoriumsmitglied angesehen werden. Dieses Mitglied gehört jedoch nicht der Bundesregierung an und muss nicht einmal die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Die Direktoriumsmitglieder sind unabhängige Fachleute. Sie müssen nach dem Vertrag „großen Sachverstand im Bereich der Wirtschaft und der Finanzen“ aufweisen. In Betracht kommen demnach vor allem Personen, die in führenden Positionen international tätiger Finanzinstitute tätig gewesen sind. Und die werden dann möglicherweise eher die Interes-

sen der Großbanken im Auge haben als die Interessen des nationalen Staatshaushalts.

Ob ein gesetzlicher Parlamentsvorbehalt für Entscheidungen des deutschen Direktoriumsmitglieds mit dem Vertrag vereinbar wäre, ist zu

„  
be zweifeln. Auf jeden Fall wäre es aber rechtlich möglich, dass das Direktoriumsmitglied sich um den Parlamentsvorbehalt einfach nicht kümmert und im Direktorium einer Maß-

nahme zustimmt, ohne vorher die Entscheidung des Bundestages einzuholen. Die Entscheidung des Direktoriumsmitglieds wäre rechtlich sogar dann wirksam, wenn der Bundestag zuvor gegen die geplante Maßnahme votiert hätte. Da die Direktoriumsmitglieder weder parlamentarisch

noch strafrechtlich verantwortlich sind – sie genießen nach dem ESM-Vertrag Immunität – brauchen sie für parlamentarisch nicht gebilligte Entscheidungen nichts anderes zu befürchten als ihre Abberufung. Das dürfte keine gravierende Sanktion sein, wenn sie danach wieder einen gut – oder nach ihrer Tätigkeit im ESM sogar besonders gut – bezahlten Job bei einer Großbank erhalten. Direktoriumsmitglieder können also hohe Milliardenbeträge zu Lasten der nationalen Haushalte veruntreuen, ohne dass dies für sie strafrechtliche Konsequenzen oder sonstige gravierende

## Die Politik tut so, als gebe es für Schuldenmacher ein Naturrecht auf Niedrigzinsen.



### Die Gremien des ESM

**Gouverneursrat:** oberstes Gremium, bestehend aus den Finanzministern. Zuständig für grundlegende Entscheidungen, besonders Kapitalerhöhungen und Gewährung von „Stabilitätshilfen“ (Bail-outs).

**Direktorium:** operatives Gremium, bestehend aus von den Gouverneursratsmitgliedern ernannten Fachleuten. Zuständig für die laufenden Geschäfte, aber auch für alle vom Gouverneursrat delegierten Aufgaben.

**Geschäftsführender Direktor:** Chef der Verwaltung, Vorsitz im Direktorium, wird vom Gouverneursrat ernannt.

Direktoriumsmitglieder sind weder parlamentarisch noch strafrechtlich verantwortlich – sie genießen nach dem ESM-Vertrag Immunität und können hohe Milliardenbeträge zu Lasten der nationalen Haushalte veruntreuen, ohne dass dies für sie strafrechtliche Konsequenzen oder Nachteile hätte.



Nachteile hätte. Das ist eine geradezu skandalöse Fehlkonstruktion des Vertrages. Hier ist Nachbesserung unbedingt erforderlich.

Bail-out-Beschlüsse des ESM müssen zwar grundsätzlich einstimmig gefasst werden; in Dringlichkeitsfällen reicht jedoch eine qualifizierte Mehrheit von 85 Prozent aus. Und dringlich sind nach den Erfahrungen der Rettungspolitik solche Entscheidungen immer. Deutschland hat mit seinem dem Kapitalanteil entsprechenden Stimmrechtsanteil zwar eine Vetoposition. Außer Frankreich und Italien können aber alle anderen Staaten im Eilverfahren überstimmt werden. Für sie bedeutet die Regelung, dass die nationalen Haushalte durch die Entscheidung eines internationalen Gremiums mit gravierenden Risiken belastet werden können, obwohl das nationale Parlament dies abgelehnt hat. Das ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Deutschland ist hier zwar insoweit nicht betroffen. Aber darf der Bundestag einer Regelung zustimmen, die in ihren Auswirkungen auf andere Staaten gegen das Demokratieprinzip verstößt?

Höchst problematisch ist auch die Größe des Haftungsrisikos, das Deutschland mit dem ESM eingeht. Deutschland haftet zwar unmittelbar und vorläufig „nur“ mit seinem Kapitalanteil von 190 Milliarden Euro. Das ist eine Größenordnung, die das Bundesverfassungsgericht als „noch“ verantwortlich angesehen hat. Allerdings ist damit zu rechnen, dass das Darlehensvolumen und das Haftungsrisiko demnächst verdoppelt werden. Wenn es dazu kommt, dass man – anders als bisher vorgesehen – die EFSF-Gewährleistungen neben dem ESM weiter bestehen lässt, addieren sich zu den

- 190 ESM-Milliarden die
- 253 Milliarden Euro, für die Deutschland im Rahmen der EFSF bereits haftet. Dann würde es für den Bundeshaushalt und für die Verantwortbarkeit des Risikos kritisch. Denn zu den Rettungsschirm-Milliarden kommen noch



**Eine Finanzspritze tut weh und ist trotzdem vergeblich, wenn der Patient keine Anzeichen von Besserung zeigt.**

- 22,4 Milliarden Euro Haftungsrisiken aus dem ersten Griechenland-Rettungspaket,
  - 12 Milliarden Euro aus der EU-Komponente des ersten „Rettungsschirms“ (EFSM),
  - 16,8 Milliarden Euro aus dem deutschen Anteil an den vom IWF übernommenen Risiken,
  - 59,4 Milliarden Euro aus den Anleihenkäufen der EZB und vor allem
  - 245 Milliarden Euro aus den Target-Krediten des EZB-Systems (laut ifo-Institut).
- Wir kämen also auf ein Haftungsvolumen von insgesamt 799 Milliarden Euro. Dabei sind die Zinsrisiken, die von der Deutschen Bank für die EFSF auf rund 200 Milliarden Euro (nur für Deutschland) berechnet worden sind, noch nicht berücksichtigt. Damit wären wir bei 999 Milliarden Euro. Das ist mehr als die Gesamtsumme der Einnahmen des Bundes in drei Haushaltsjahren – ein exorbitantes und nicht mehr zu verantwortendes Risiko. ◆

# Reaktionen auf Euro-Staatsverschuldung, Euro-Krise

tagesthemen<sup>1</sup>

Tagesthemen, 8. Februar 2012

## Alois Theisen (Chefredakteur Fernsehen des Hessischen Rundfunks) kommentiert die Finanzhilfe für Griechenland:

Die Sparliste ist ein Papier des Grauens, und die Menschen in Griechenland haben mein volles Mitgefühl. Aber Schuld an dieser Notlage sind nicht die gewissenlosen Zocker oder geldgierige Banken. In diese ausweglose Situation haben allein die griechischen Regierungen das Land gebracht. Ist das Sparpaket zu hart, wird Griechenland tot gespart.



Unsinn: Das Land ist wirtschaftlich und finanziell längst am Ende, hängt seit zwei Jahren am Tropf der europäischen Finanzhilfen, kann seine Kredite aus eigener Kraft nicht bedienen. Ein Privatmann würde längst wegen Konkursverschleppung vor Gericht gezerrt. Soll die europäische Union Griechenland jetzt noch einmal 130 Milliarden Euro pumpen? Ich meine: Nein. Die griechischen Regierungen haben nicht nur finanziell, sie haben auch politisch jeden Kredit verspielt.

Wer garantiert eigentlich, dass diese Politiker, die Jahre lang gelogen und betrogen, getrickt und getäuscht haben, jetzt auch den harten Sanierungskurs umsetzen und ihrem Volk über viele Jahre Blut, Schweiß und Tränen abverlangen? Die Pleite ist auch zumutbar. Was die Griechen jetzt durchmachen, haben nach dem Zusammenbruch der maroden Planwirtschaft in Mittel- und Osteuropa die Menschen dort auch ertragen müssen.

Mein Plädoyer: Kein neues Hilfsprogramm gegen die Pleite! Werft schlechtem Geld kein gutes hinterher, aber lasst die Menschen in Griechenland nicht im Stich! Die europäische Union sollte das Geld ihrer Bürger, die vielen Milliarden besser in den Aufbau des Landes stecken, das kommt langfristig wirklich den Menschen zugute, und vielen macht es vielleicht Mut anzupacken und mitzuarbeiten an einer besseren Zukunft ihres Landes.

Bild

22. Februar 2012



Gewinner

Klare Worte zu den Pleite-Griechen im öffentlichen TV! In den „Tagesthemen“ kommentierte Jürgen Seitz (49): „Jeder weiß, dass ohne Euro-Austritt die Griechen nicht wettbewerbsfähiger werden.“ Er persönlich wolle nicht mehr für Griechenland haften, so Seitz. BILD meint: Jede Wahrheit braucht einen Mutigen, der sie ausspricht!

FINANCIAL TIMES  
DEUTSCHLAND

15. Februar 2012

## Fahrplan in Gefahr

**Opposition** Der parlamentarische SPD-Geschäftsführer Thomas Oppermann kritisierte, dass nicht einmal klar sei, ob über Hilfen von 30, 130 oder 165 Mrd. Euro abgestimmt werden solle.

SPIEGEL-GESPRÄCH

## „Dann muss Deutschland austreten“

Linde-Chef Wolfgang Reitzle hält die Euro-Rettung für möglich. Aber er ist gegen eine Rettung um jeden Preis und plädiert für drastische Konsequenzen – sobald der Reformwille in den Krisenländern erlahmt.

**SPIEGEL:** Herr Reitzle, 2012 gilt als das Schicksalsjahr des Euro. Haben Sie Angst, dass die europäische Gemeinschaftswährung auseinanderbricht?

**Reitzle:** Der Euro wird nicht auseinanderbrechen – und schon gar nicht 2012. Denn alle Politiker sind entschlossen, den Euro-Raum zusammenzuhalten. Griechenland ist allerdings ein anderes Thema, das Land ist nicht in der Lage, sich so zu strukturieren, dass es in der Währungsunion bleiben kann.

**SPIEGEL:** Also muss Griechenland austreten?

**Reitzle:** Ja, Griechenland muss mittelfristig austreten. Und die Schulden des Landes werden nicht zu 50 oder 70, sondern am Ende zu 100 Prozent abgeschrieben werden müssen. Zusätzlich müssen wir, solange Griechenland im Euro-Raum ist, weiteres Geld zahlen, weil es nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Das ist alles in allem ein 500-Milliarden-Euro-Problem.

**SPIEGEL:** Und wie soll das Land wieder auf die Beine kommen?

**Reitzle:** Es wird mindestens eine Generation dauern, die dafür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Griechenland hat sehr wenig anzubieten, was die Welt benötigt. Selbst beim Olivenöl werden die Einnahmen im Wesentlichen nicht durch den Verkauf des Produkts generiert, sondern durch die Subventionen für den Anbau, die in der Vergangenheit auch noch auf teils falschen Daten beruhten.

**SPIEGEL:** Aber ein Austritt Griechenlands würde zu neuen Turbulenzen auf den Finanzmärkten führen.

**Reitzle:** Die Kapitalmärkte haben das Thema Griechenland längst abgehakt. Der Lackmusestest wird Italien sein. Wenn Italien es schafft, wird Spanien ein Vorbild haben, und dann könnte vielleicht sogar Frankreich Reformen angehen, was bisher nicht absehbar ist. Italien hat jetzt die Regierung mit den besten Fachleuten.

**SPIEGEL:** Schon jetzt wachsen die Risiken für die deutschen Steuerzahler, die Sie selbst eindrücklich geschildert haben, weiter. Warum sollte der Euro dann um jeden Preis gerettet werden?

**Reitzle:** Ich glaube, dass die Rettung zwar gelingen kann, aber ich bin nicht der Meinung, dass der Euro um jeden Preis gerettet werden muss. Ich fürchte, dass der Reformwille in den Krisenländern nachlässt, wenn am Ende eben doch die EZB eingreift. Spätestens wenn die Bürger hierzulande über 50 Prozent Steuern zahlen müssen, um die anderen Euro-Länder zu finanzieren, wird der Rückhalt für die Euro-Rettung schwinden.

**SPIEGEL:** Und dann?

**Reitzle:** Wenn es nicht gelingt, die Krisenländer zu disziplinieren, muss Deutschland austreten.

**SPIEGEL:** Wie bitte? Deutschland soll aus dem Euro austreten und eine eigene Währung einführen? Die Folgen wären hart: Diese Währung würde aufgewertet, die deutsche Industrie könnte ihre Waren nur noch schwer im Ausland verkaufen.

**Reitzle:** Natürlich würde das zu einer Aufwertung der D-Mark, des Euro-Nord oder welche Währung wir dann auch hätten, führen. Aber die würde schnell geringer sein, als wir befürchten. Zwar würde in den ersten Jahren die Arbeitslosigkeit zunehmen, weil der Export einbricht, aber dann würde der Druck zunehmen, noch wettbewerbsfähiger zu werden. Und schon fünf Jahre später könnte Deutschland im Vergleich zu den asiatischen Wettbewerbern stärker dastehen.

**SPIEGEL:** Wollen Sie sagen, ein Austritt aus der Währungsunion wäre für Deutschland ein Vorteil?

**Reitzle:** Nein, aber ich glaube, dass die deutsche Wirtschaft diesen Schock nach einigen Jahren verkraftet haben und langfristig vielleicht sogar wettbewerbsfähiger sein würde. Um es deutlich zu sagen: Dieses Szenario ist für mich nicht wünschenswert, aber es darf auch nicht zum Tabu erklärt werden. Auch ganz persönlich kann ich nicht einsehen, dass ein großer Teil meiner Steuern in Ländern landet, in denen nicht seriös gewirtschaftet wird.

## „Schulden machen uns zu Sklaven“

Der Ökonom Tomas Sedlacek über guten und bösen Kapitalismus, die Gier nach Wachstum und die Frage, warum die Euro-Krise einem Alkoholexzess gleicht

vor den alten Griechen.

**SZ:** Herr Sedlacek, die ersten Ökonomen wie etwa Xenophon kamen aus Griechenland. Heute steht das Land am Abgrund. Was lernen wir daraus?

**Sedlacek:** Die Griechen waren uns bei den Ökonomen voraus. Und in gewisser Weise gehen sie auch heute wieder voran. Es klingt vielleicht zynisch, aber wir sollten Griechenland dankbar sein. Was dort passiert, ist eine Warnung für die anderen Länder: Wenn ihr weiter solche Schulden anhäuft, endet ihr wie Griechenland. Deutschland etwa kann vielleicht noch zehn, zwanzig Jahre mit einem Budgetdefizit leben.

**SZ:** Und dann?

**Sedlacek:** Irgendwann wird es auch hier ähnliche Probleme geben wie in Griechenland. Wir sollten also Schluss machen mit der maßlosen Verschuldung. Die Regierungen bräuchten weder Ratingagenturen noch Banken, wenn sie nicht so hohe Schulden hätten. Schulden beschränken die Freiheit.

**SZ:** Aber sie können in Zeiten der Wirtschaftskrise auch sinnvoll sein, um Wachstum zu schaffen. Das hat schon der britische Ökonom John Maynard Keynes erkannt.

**Sedlacek:** Man darf Schulden machen, aber nur in begrenztem Maß. Im Moment praktizieren wir eine Art Bastard-Keynesianismus: Wir verschulden uns im Sinne Keynes', vergessen aber seine Maßgabe, in guten Jahren Reserven anzulegen. Zwi-

„Wir Reichen fürchten den Crash, wenn wir nicht jedes Jahr reicher werden.“

reicher werden.“

schen der Krise 2001 und dem Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers 2008 etwa gab es sieben gute Jahre. Doch die meisten Länder häuften in dieser Zeit neue Schulden an. Wir haben uns verhalten, als wären wir in der Krise – bis sie schließlich wirklich kam.

**SZ:** Und was bitte ist an Schulden so gefährlich?

**Sedlacek:** Sie ermöglichen Wachstum, aber das Wachstum ist nur geliehen. Wir stehlen Reserven aus der Zukunft. Es ist wie mit dem Freitagabend: Man trinkt viel Alkohol, tanzt bis in den Morgen. Die Energie dafür kommt aber nicht vom Alkohol. Wir zapfen sie vom nächsten Tag ab – vom Samstag, an dem wir dann einen Kater haben. Bei den Schulden ist es ähnlich: Ich leihe mir künftiges Einkommen und gebe es in der Gegenwart aus. Das ist äußerst gefährlich: Schon die alten Philosophen haben daher vor Kredit und Zinsen gewarnt. Sie werden über Jahrzehnte hinweg vereinbart, aber niemand kann kalkulieren, was später einmal kommt.

**SZ:** Sind Schulden also böse?

**Sedlacek:** Nicht absolut: Schulden können Wachstum bringen. Sie können uns aber auch versklaven, wenn wir es damit übertreiben. Nicht umsonst bedeutet im Deutschen, Hebräischen und Lateinischen das Wort Schuld auch Sünde. Beides sieht oft erst einmal harmlos aus, kann einen aber abhängig und zum Sklaven machen.

SZ: Die Euro-Krise ist für Sie der

Tagesthemen, 21. Februar 2012

### Jürgen Seitz vom Bayerischen Rundfunk kommentiert am Faschingsdienstag die Entscheidung für eine erneute Finanzhilfe für Griechenland:

Hochwertiges Olivenöl, günstige Generika – wie gesehen – sind leider viel zu wenig griechische Produkte so exportfähig. Die internationale Gebergemeinschaft setzt darauf, dass es mehr werden. Ich halte das für einen naiven Faschingsscherz.

Die griechischen Lohnstückkosten sind in der Krise sogar noch gestiegen, weil ein wenig produktives Beamtenheer und rabiate Gewerkschaften nicht umsteuern wollen und können. Vor diesem Hintergrund tagt man wieder in Brüssel und öffnet die Brieftasche, obwohl doch jeder weiß, dass ohne Euroaustritt die Griechen nicht wettbewerbsfähiger werden.

Auch wenn Rosenmontag die Narren regieren, sollten Sie, verehrte Sparer und Steuerzahler, sich nichts vorgaukeln lassen. Griechenland wird mitgezogen werden, weil man das Problem zu

isolieren hofft. Doch das sind und bleiben die falschen Signale.



Warum sollten private Gläubiger Verluste akzeptieren, wenn die Haftungsgemeinschaft immer und immer wieder die Lücken füllt und wer will den Portugiesen und Iren künftig Schuldenschnitte verwehren, wer den Italienern oder Spaniern?

Aber warum auch, die Europäische Zentralbank verteilt fleißig Notenbankkredite gegen den Widerstand der Bundesbank. Und die hat gegen die Ratsmehrheit nichts mehr zu melden. Willkommen Transferunion. Der Internationale Währungsfonds, so wird gemunkelt, will dafür nicht mehr haften. Ich auch nicht. Und Sie?



**Peter Gauweiler**  
Auch der Münchner CSU-Bundestags-Abgeordnete schreibt über den Rücktritt von Christian Wulff

**Liebe Abendzeitung!**

Jetzt wird also die Staatsanwaltschaft Hannover gegen den zurückgetretenen Bundespräsidenten ermitteln. Wünschen wir Christian Wulff die Tapferkeit des Herzens, die es braucht, um ein solches Verfahren durchzustehen.

Angesichts der Dramatik des Vorgangs - Aufhebung der Immunität des Staatsoberhauptes - gerät aus dem Blickfeld, dass der Bundestag derzeit auch in ganz anderer Dimension mit strafrechtlicher Immunität zu tun hat. Nach dem aktuell dem Bundestag vorliegenden Vertrag über den „Europäischen Stabilisierungsmechanismus - ESM“ sollen dessen

Bedienstete wegen Verletzungen ihrer Amtspflichten weder strafrechtlich verfolgt, noch zivilrechtlich auf Schadenersatz in Anspruch genommen werden. Selbst für vorsätzliche Schädigungen haften sie nicht, und zwar selbst dann nicht, wenn sie nicht mehr im Amt sind. Deutschland soll dem ESM als erstes 22 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Veruntreuung von Steuergeldern in Milliarden-Höhe kann so straflos bleiben. Angesichts dessen ist die Strafbarkeit der Causa Wulff (Sylt-Übernachtung, Handy) von zwerghafter Dimension.



18./19. Februar 2012



**Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann** ist Direktor des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) sowie Berater der Weltbank und der Europäischen Union für Arbeitsmarktfragen.

## An die Arbeit!

Die EU-Maßnahmen zur Euro-Rettung brauchen arbeitsmarktpolitischen Flankenschutz, sollen sie für mehr Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit sorgen

Von Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Heute wissen wir: Es war ein zentraler Geburtsfehler des Euro, dass dieser historische Schritt nicht in eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik eingebettet wurde. So glich die Einführung der europäischen Einheitswährung dem Versuch, den Karren vor das Pferd zu spannen. Prompt ist der europäische Karren im Graben gelandet. Der im Juni 1997 vereinbarte Pakt für finanzielle Stabilität und wirtschaftliches Wachstum als Geschäftsgrundlage des Euro wurde in beiden Zielen verfehlt. Die Schuldenkrise zum einen sowie fast 24 Millionen Arbeitslose in der Europäischen Union zum anderen dokumentieren dies auf dramatische Weise.

Jetzt versuchen die europäischen Regierungschefs, diese Fehler zu korrigieren durch einen verschärften Fiskalpakt sowie ein Programm für eine „wachstumsfreundliche Konsolidierung und ein beschäftigungsfreundliches Wachstum“. Vor allem soll eine Reform der Arbeitsmärkte in den einzelnen Ländern in Angriff genommen werden. Doch die bisherigen Beschlüsse dazu greifen zu kurz. Erforderlich sind einige prinzipielle Weichenstellungen.

Wichtig wäre es, im neuen Stabilitäts- und Wachstumspakt neben strengeren Kontrollmechanismen für ausgeglichene Haushalte auch Kriterien und

Zieldaten für die Beschäftigungsentwicklung, für Innovation und Wachstum einzubauen. Anreize, die Fortschritte in den einzelnen Ländern bei der Liberalisierung der Arbeitsmärkte sowie der nachhaltigen Schaffung neuer Jobs prämiieren, sind besser als Versuche, finanziell ohnehin schon angeschlagene Staaten mit finanziellen Sanktionen noch mehr in die Tiefe zu reißen.

Eine zweite grundlegende Weichenstellung sollte hinzukommen: Um die Arbeitsmärkte zu entfesseln, muss die Mobilität im Binnenmarkt mit seinen

*Zu viele nationale Einzelregelungen behindern die Freizügigkeit.*

“

rund 500 Millionen Einwohnern erhöht werden; zu viele nationale Einzelregelungen behindern die Freizügigkeit, etwa bei der Anerkennung von beruflichen

Qualifikationen. So sollten Jugendliche aus den Euro-Krisenstaaten wie Griechenland oder Spanien verstärkt nach solchen Ländern vermittelt werden, die dringend Fachkräfte suchen. So verhindern wir eine verlorene Generation; später gehen viele mit ihren gewonnenen Erfahrungen wieder zurück und helfen beim Aufbau. Wie diese Arbeitsmigration erfolgreich wirkt, zeigt das Beispiel Türkei. Sie ist heute ein hoch attraktiver Wirtschaftsstandort; das Wachstum floriert. Diesen Aufstieg verdankt das einst so rückständige Land nicht zuletzt auch dem Knowhow-Transfer seiner in Europa geschulten Facharbeiter.

Die wichtigste Konsequenz aus den Fehlern der Vergangenheit kann nur heißen: Leistungsfähige, flexible, offene Arbeitsmärkte sind der wichtigste Antrieb für mehr Wachstum in ganz Europa.

Immerhin ist unter dem Druck der Krise auf diesem Wege jetzt einiges in Bewegung geraten:

- Portugal zum Beispiel hat mit der Überprüfung seiner rigiden Arbeitsmarktgesetzgebung begonnen und will vor allem seine schulische wie berufliche Bildung modernisieren.
- Spanien hat angekündigt, mit Arbeitsmarktreformen den Unternehmen mehr Flexibilität zu ermöglichen etwa durch dezentralisierte Tarifverhandlungen.
- Italien will ab März ein Reformpaket für eine proaktive Beschäftigungspolitik vorlegen und strebt dabei einen Konsens mit den Gewerkschaften an – was in allen Ländern unerlässlich ist, denn der Protest auf der Straße könnte den Reformelan sonst rasch wieder abwürgen.
- Für Frankreich hat Staatspräsident Nicolas Sarkozy einschneidende Veränderungen nach dem Beispiel von Gerhard Schröders Agenda 2010 angekündigt, die in

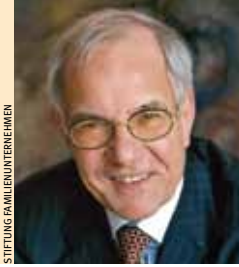
immer mehr Ländern zur Modernisierungs-Blaupause wird. Doch letztlich muss jedes europäische Land seine eigene Reformstrategie wählen.

Auch eine Stärkung der mittelständischen Strukturen durch Abbau bürokratischer Hemmnisse, Existenzgründungsprogramme und Kapitalhilfen ist vielfach dringlich. So verdankt Deutschland seinen relativ stabilen Arbeitsmarkt nicht zuletzt seinen rund 400 000 kleinen und mittelständischen Betrieben und Familienunternehmen. Der Nachbar Frankreich bringt es hingegen auf nur 100 000 solcher Firmen.

Jetzt ist es wichtig, die ökonomischen Ungleichgewichte in Europa entschlossen abzubauen. Der Schlüssel hierfür sind die Arbeitsmärkte und bessere Beschäftigungsperspektiven vor allem für die junge Generation. Immerhin liegt im gesamten Euroraum die Jugendarbeitslosigkeit bei 21,3 Prozent, in Spanien ist fast jeder zweite, in Italien jeder Dritte unter 25 Jahren ohne Job. Gelingt hier keine Wende, droht dem friedensstiftenden historischen Einigungswerk Europa die Zerreißprobe. ♦



Leistungsfähige, flexible, offene Arbeitsmärkte sind der wichtigste Antrieb für mehr Wachstum in ganz Europa.



STIFTUNG FAMILIENUNTERNEHMEN

**Prof. Dr. Dr. h.c. Brun-Hagen Hennerkes** ist führender Experte in Sachen Familienunternehmen, Autor zahlreicher wissenschaftlicher Veröffentlichungen und Vorstand der Stiftung Familienunternehmen, die von ihm im Jahr 2002 gegründet wurde.

## Die Finanzkrise als Vorwand

Der Staat wittert gute Chancen, wieder einen größeren Teil des Sozialprodukts unter seine Verfügungsgewalt zu bekommen

Von Prof. Dr. Dr. h.c. Brun-Hagen Hennerkes

Der Vorschlag ist noch kein Jahrzehnt alt: Die Steuererklärung jedes Bundesbürgers sollte auf einem Bierdeckel Platz finden. Doch wer erinnert sich noch an diese Forderung des einstigen CDU-Politikers Friedrich Merz? Sie war eher symbolhaft gemeint, stand für das Bestreben, das extrem komplizierte deutsche Steuersystem zu vereinfachen, transparent und international wettbewerbsfähig zu machen. Das war und ist dringend notwendig. Doch die umfassende Steuerreform, zu der die Politik einst ansetzte, scheint heute so fern wie niemals zuvor. An Steuersenkungen mag selbst der zuversichtlichste Bürger nicht mehr glauben.

Im Gegenteil: Unter dem Deckmantel der Finanzkrise lassen Politiker nahezu aller Couleur vom Lokalpolitiker bis zum Bundesminister ihren Begehrlichkeiten immer ungezügelteren Lauf. Der Steuerdschungel wuchert wie in schlimmsten Zeiten – die fiskalische Fantasie gebiert immer neue kleine und große Abgaben. Die bundesweite Luftverkehrssteuer, auch Ticketsteuer genannt, bereitet den Fluggesellschaften trotz geringfügiger Senkung noch genügend Probleme. Die Atomindustrie wird mit einer Brennelementesteuer belastet. Und den Banken droht eine wahre Fülle neuer Abgaben.

Noch beunruhigender ist es indessen, dass in einem schleichenden Prozess etliche Errungenschaften der vergangenen Reformbemühungen inzwischen wieder zur Disposition gestellt werden. Das gilt zuvorderst für die Substanzsteuern. Während diese international auf dem Rückzug sind, wird in Deutschland die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie eine Verschärfung der Erbschaftsteuer diskutiert.

Schon die letzte Unternehmenssteuerreform 2008 hatte mit dem zweifelhaften Argument der

*Unter dem Deckmantel  
der Finanzkrise  
lassen Politiker  
ihren Begehrlichkeiten  
ungezügelt Lauf.*

Gegenfinanzierung unter anderem neue ertragsunabhängige Elemente in die Gewerbesteuer-Berechnung eingeführt und damit sich selbst ad absurdum geführt. Und der höchst unbefriedigende Kompromiss zur Erbschaftsteuer

belastet speziell die Familienunternehmen nach wie vor über Gebühr. Er kam ebenfalls vor allem unter dem Aspekt der nach Abzug der Erhebungskosten höchst zweifelhaften Staatseinnahmen zu Stande, sieht man einmal von der Neidpolitik gegenüber jeglichem Unternehmertum ab.

Auch zum Einkommensteuer-Spitzensatz scheint es inzwischen einen mehr oder minder heimlichen Konsens quer durch die Parteien zu geben.



Dass eine Mehrheit der Politiker ihn anheben will, ist wohl sicher. Nur über das Ausmaß herrscht noch keine Einigkeit. In der Zusammenschau der Diskussionen scheint ein Satz von 45 Prozent wahrscheinlich. Ginge es nach der Partei Die Linke, würde er noch deutlich höher ausfallen. Perfide dabei ist die Wortwahl: Suggestiert doch der „Spitzensteuersatz“, dass davon nur „Spitzenverdiener“ betroffen sind. Dabei ist schon die mittlere Einkommensschicht im Visier: Die Grünen beispielsweise setzen einen erhöhten Steuersatz bereits bei einem zu versteuernden Jahres-Einkommen von 59.440 Euro an, bei der SPD liegt die Reißleine bei 64.000 Euro. Doch erinnern wir uns: Es war keine konservative, sondern die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, die nach 1998 diesen Steuersatz stufenweise von 53 Prozent auf 42 Prozent gesenkt hatte mit dem Ziel, die deutsche Wirtschaft im globalen Umfeld wettbewerbsfähiger zu machen. Die Agenda 2010 gilt in Zeiten der Staatsschuldenkrise heute geradezu als einer der Exportschlager Deutschlands.



Der damals eingeschlagene Weg war der richtige, und wir sollten ihn konsequent weiter gehen. Die grundlegende Steuerreform, die nicht unbedingt zu aktuellen Steuersenkungen führen muss, ist heute nötiger denn je. Ihre Ziele – Einfachheit, Entscheidungsneutralität und höhere Attraktivität des Standorts Deutschland – haben dauerhaft Bestand. Verschiedene konkrete Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Da gibt es zum Beispiel das Bundessteuergesetzbuch von Paul Kirchhof, das Steuerpolitische

Programm der Stiftung Marktwirtschaft oder das Konzept der Dualen Einkommensteuer, das der Sachverständigenrat in Zusammenarbeit mit dem Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und dem Münchener Max-Planck-Institut (MPI) für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht entwickelt hat. Von all diesen Konzepten ist in der politischen Diskussion kaum mehr etwas zu hören – die Steuererklärung auf dem Bierdeckel wird noch für lange Zeit Vision bleiben.

Nicht nur der Traum von der großen, grundlegenden Steuerreform scheint vorerst ausgeträumt.

Selbst die kleinen Fortschritte, die wir mühselig erreicht hatten, werden nach und nach von einer wachsenden Zahl rückwärts gewandter Politiker wieder zunichte gemacht. Als Rechtfertigung dienen die Finanzkrise und die – damit bestenfalls mittelbar zusammenhängenden – Schuldenkrisen einiger europäischer Länder. Die wirklichen Motive aber sind andere.

Zum einen wittert der Staat gute Chancen, wieder einen größeren Teil des Sozialprodukts unter seine Verfügungsgewalt zu bekommen. Zum anderen sieht er die ungebrochene Leistungskraft der realen Wirtschaft, nicht zuletzt der Familienunternehmen, deren solide Substanz geradezu reflexartig Begehrlichkeiten weckt. Vor allem aber geht es den Parteien darum, die nächsten Wahlen zu gewinnen. Speziell die Bürger, denen aufgrund der hohen Steuer- und Abgabenlast bereits am zwanzigsten Tag eines jeden Monats das Geld ausgeht, sehen die neu aufflammenden Begehrlichkeiten des Fiskus mit Argwohn. Die Euro-Krise darf nicht als Vorwand der Politik dienen. ◆



**Joachim Poß** war Stadtinspektor und Verwaltungsleiter und ist seit 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages, wo er den Wahlkreis Gelsenkirchen I vertritt. Er ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für die Bereiche Finanzen und Haushalt, stellvertretendes Mitglied des Finanz- und des Haushaltsausschusses des Bundestags und Mitglied des SPD-Parteivorstandes.

## Es gibt gute Gründe für gezielte Steuererhöhungen

Die Kritik an den Steuerplänen der SPD ignoriert Realität und Faktenlage

Von Joachim Poß

Die SPD wird im nächsten Bundestagswahlkampf auch für Steuererhöhungen in bestimmten Bereichen eintreten. So hat es der letzte SPD-Bundesparteitag Anfang Dezember 2011 beschlossen – und so wird es Eingang finden in das Wahl- und Regierungsprogramm, das wir im Laufe dieses Jahres schreiben werden.

Auch die aktuellen Regierungsparteien auf Bundesebene wissen natürlich genau, dass die nachhaltige Einhaltung der sogenannten „Schuldenbremse“ beim Bund wie bei den Ländern und die Finanzierung dringender Zukunftsaufgaben wie eines guten Bildungssystems in Deutschland ohne wohl überlegte Steuererhöhungen nicht gelingen können. Trotzdem war die Reaktion auf die SPD-Pläne aus den Reihen von CDU, CSU und FDP erwartungsgemäß ablehnend und schrill.

Von der SPD wird zu Recht erwartet, dass sie in Regierungsverantwortung die Einsparpotentiale in den öffentlichen Haushalten hebt und Subventionsabbau betreibt. Wie wir detailliert in der Bundestagsfraktion ausgelotet haben, sind in realistischer Betrachtung die Möglichkeiten hier aber weit geringer, als leichthin angenommen und behauptet wird.

*Steuererhöhungen sind kein Selbstzweck, sie sorgen für Nachhaltigkeit.*

Nach – man kann schon sagen – jahrzehntelangen Konsolidierungsbemühungen auf allen Staatsebenen sind die öffentlichen Budgets allein durch Einsparungen auf der Ausgabenseite und durch Subventionsabbau nicht wieder ins Lot zu bringen. Das ist mindestens auch den Fachleuten in der Regierungskoalition klar. Es liegen keine Milliarden und Aber-Milliarden in den Budgets von Bund, Ländern und Kommunen „herum“, die nur noch von mutigen „Sparmeistern“ eingesammelt werden müssten.

Ein Beleg dafür ist, wie es der schwarz-gelben Regierungskoalition im Juni 2010 in einem chaotischen Verfahren nur mit äußerster Mühe gelungen ist, ein Konsolidierungspaket 2010-2014 für den Bundeshaushalt zu schnüren. Dieses Paket enthält trotzdem zu einem hohen Teil Hoffnungswerte und Luftbuchungen, obwohl es mit der Luftverkehrsteuer und der Kernbrennstoffsteuer auch zwei neue Steuern einführt. Wie passt die letzte Tatsache eigentlich zur CDU/CSU- und FDP-Attitüde, in Steuererhöhungen das allerschlimmste Übel und den schädlichsten Politikansatz überhaupt zu sehen?

Seit Anfang 2010 hat die SPD an ihrem Steuer- und Finanzkonzept gearbeitet, das in dem

Parteitagsbeschluss vom 6. Dezember 2011 „Fortschritt und Gerechtigkeit: Wirtschaftlicher Erfolg, solide Finanzen und sozialer Zusammenhalt“ seinen Niederschlag gefunden hat. Auch wenn es zur politischen Verteufelungsstrategie gehört, das Gegenteil zu behaupten: Das Steuer- und Finanzkonzept der SPD ist weit mehr als die Einforderung eines höheren Einkommensteuerspitzensatzes, einer höheren Abgeltungssteuer und der Wiedererhebung der Vermögensteuer in Deutschland.

Viel wichtiger war uns, genau und ausführlich darzulegen, warum wir Sozialdemokraten gewisse Steuererhöhungen für richtig und notwendig halten, und klarzumachen, wofür die so erzielten Mittel verwendet werden sollen. So spricht sich die SPD in aller Deutlichkeit für die nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die konsequente Einhaltung der Schuldenregel aus. Da wir uns als eine Partei verstehen, die aktiv für nachhaltiges Wachstum, sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit arbeitet und eintritt, definieren wir in unserem Steuer- und Finanzkonzept auch die Bereiche, in die in den nächsten Jahren nicht nur aus unserer Sicht mehr staatliche Mittel fließen müssen als derzeit.

Ein signifikanter Fortschritt ist, dass die SPD dabei klare Prioritäten setzt und sich auf die Bereiche Bildung, Stärkung der sozialen und kulturellen Handlungsfähigkeit der Kommunen, Unterstützung einer gerechteren Lohn- und Einkommensentwicklung und Investitionsförderung beschränkt. Wir haben verstanden, dass nicht mehr alles zu finanzieren ist, was wünschenswert wäre.

Insgesamt legen wir ein durchgerechnetes Konzept vor, das im Finanzierungsteil Einsparungen, Subventionsabbau und gezielte Steuererhöhungen enthält, und das von der ersten bis zur letzten Seite dem Bürger und Wähler nur das versprechen will, was auch realistisch eingehalten – sprich: finanziert – werden kann.

In der Tat führen die SPD-Steuerpläne zu einer stärkeren Inanspruchnahme hoher Einkommen und Vermögen. Das halten wir vor dem Hintergrund der zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung zwischen oben und unten ganz ausdrücklich auch verteilungspolitisch für angemessen und richtig. Die SPD steht

**Mehr Steuergroschen durch höheren Einkommensteuerspitzensatz, höhere Abgeltungssteuer und Wiedererhebung der Vermögensteuer.**



hier auch beileibe nicht allein mit ihrer Position. Ausdrücklich wird die stärkere steuerliche Heranziehung der „Reichen und Vermögenden“ z. B. von den großen christlichen Kirchen gefordert.

Mit „Ideologie“ hat das gar nichts zu tun. Das Bewusstsein, dass die Gesellschaft sich nicht immer weiter auseinanderentwickeln darf, ohne gewaltigen – auch ökonomischen – Schaden zu nehmen, nimmt auf breiter Front zu. Das soziale Auseinanderdriften ist ganz bestimmt auch nicht im Interesse der wirtschaftlich Starken. Es wächst die Überzeugung, dass auch der Staat hier mit seinen Mitteln und Möglichkeiten stärker als bisher eingreifen muss.

Und – auch das ein aus interessierten Kreisen sofort vorgebrachter Vorwurf – sind die zusätzlichen steuerlichen Belastungen des SPD-Konzepts wirklich inakzeptable Lasten, die die Betroffenen vor unlösbare Probleme stellen? Handelt es sich wirklich um eine „Steuererhöhungssorgie“ oder um „ein gewaltiges Steuererhöhungsprogramm“ (so Arbeitgeberpräsident Hundt)? Die Fakten belegen das nicht: Der auf dem Bundesparteitag beschlossene Einkommensteuertarif führt erst zu Mehrbelastungen ab 64 000 Euro (Einzelveranlagung) und 128 000 Euro (gemeinsame Veranlagung) zu versteuerndem Jahreseinkommen – Mehrbelastungen, die zudem vom Ausmaß her verkräftbar sind.

## *Ausgabeneinsparungen und Subventionsabbau allein reichen nicht.*

Es ist uns bewusst, dass diese Zusatzbelastungen auch Personengesellschaften treffen können. Aber zum einen muss hier erst einmal eine entsprechende Gewinnentwicklung vorliegen – und die gibt es bei vielen Personengesellschaften nicht. Zum anderen würde natürlich auch der deutsche Mittelstand sehr von dem, was die SPD mit den eingenommenen Steuergeldern machen würde, profitieren: von gesünderen Staatsfinanzen, von besser gebildeten und ausgebildeten jungen Leuten, von investitionsfähigeren Kommunen, von mehr Forschung, Entwicklung, Innovation.

Auch was die Wiedererhebung der Vermögensteuer angeht, die die

SPD anstrebt, ist die Partei auf dem ökonomischen Auge alles andere als blind. Ich darf aus dem Beschluss vom 6. Dezember 2011 zitieren: „Wir wollen, soweit das technisch möglich ist, Betriebe von der Vermögensteuer ausnehmen, andernfalls sorgen wir durch hohe Freibeträge und optimierte Erhebungsmodalitäten dafür, dass die Vermögensteuer Unternehmen nicht über Gebühr belastet.“

Die Steuerpläne der SPD sollen nicht die Investitionsfähigkeit der Unternehmen beschneiden – und werden das auch nicht. Im Gegenteil: Durch das Steuer- und Finanzkonzept der SPD werden die Entwicklungsmöglichkeiten von Unternehmen und Betrieben, von wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung auf Dauer gestärkt. ◆

---

IMPRESSUM Verleger: Detlef Prinz  
Herausgeber und Chefredakteur: Bruno Waltert  
Art Director: Paul Kern  
Layout: Mike Zastrow  
Bildbearbeitung: Manuel Schwartz  
Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH  
Tempelhofer Ufer 23-24, 10963 Berlin  
Telefon 030 - 21 50 54 00, Fax 030 - 21 50 54 47  
info@derhauptstadtbrief.de, www.derhauptstadtbrief.de  
Druck: ESM Satz und Grafik GmbH, Berlin  
Redaktionsschluss: 23. Februar 2012  
Wiedergabe von Beiträgen aus dem HAUPTSTADTBRIEF stets mit der Quellenangabe:  
© DER HAUPTSTADTBRIEF. Für unverlangte Zusendungen keine Haftung.

**Gute Beratung  
kostet ein Honorar.  
Schlechte ein Vermögen.**



**Wechseln Sie jetzt zu Deutschlands erster  
Bank, die nicht von Provisionen lebt, sondern  
von zufriedenen Kunden.**

- Wir beraten Sie transparent und unabhängig.
- Wir vergüten Ihnen alle Provisionen.
- Wir machen nur Gewinn, wenn Sie Gewinn machen.
- Wir werden von über 90 Prozent unserer Kunden weiterempfohlen.

**030 89 02 14 87 oder  
[www.quirinbank.de](http://www.quirinbank.de)**



**quirin bank**



**Dr. Hans-Georg Jatzek** ist Steuerberater und Partner in der Kanzlei Jatzek & Partner in München. Der studierte Diplomkaufmann war nach dem Studium an der LMU München in der finanzwissenschaftlichen Abteilung des Ifo-Instituts tätig und publizierte dort zu Auswirkungen der Besteuerung auf die Investitionstätigkeit und zu Steuerbelastungsvergleichen der EU- Mitgliedsstaaten.

## Es gibt gute Gründe für gezielte Steuerensenkungen

Völlig unsinnige Steuern, die nach ökonomischen Kriterien abgeschafft oder nie wieder eingeführt werden dürften, sind die Erbschaftsteuer und die Vermögensteuer

Von Dr. Hans-Georg Jatzek

Der Präsident des Bundesfinanzhofs und frühere Verfassungsrichter Rudolf Mellinghoff hat Ende Januar 2012 in einem Interview zum gegenwärtigen deutschen Steuerrecht treffend geschrieben: „Ich habe eher das Gefühl, dass sich die Deutschen fatalistisch mit dem katastrophalen Zustand des Steuerrechts abfinden.“ Unter Bezugnahme auf den Landesrechnungshof von Mecklenburg-Vorpommern weist er darauf hin, dass – wegen der Undurchschaubarkeit des deutschen Steuerrechts – bei der Veranlagung durch die Finanzämter in bestimmten Bereichen die Fehlerquoten bei über 90 Prozent liegen und zieht das Resümee: „Wenn in einem solchen Umfang Fehler beim Steuervollzug gemacht werden, handelt es sich um ein gravierendes Problem.“

Ebenfalls Ende Januar 2012 berichteten die Medien von einem neuen Steuereinnahmerekord, nämlich knapp 71 Milliarden Euro allein im Dezember 2011, soviel wie noch nie in einem Monat. Zur Verwendung der Steuergelder hatte der Bund der Steuerzahler wenige Wochen zuvor sein „39. Schwarzbuch“ vorgestellt, in dem wieder auf 55

Seiten die schwerwiegendsten Fälle von Steuererschwendung dargestellt werden. Die Summe der verschwendeten Steuergelder bei Bund und Ländern betrug 2011 etwa 5 bis 10 Prozent der Gesamtausgaben von 740 Milliarden Euro.

Die FDP hatte bei den Beratungen zum Bundeshaushalt 2005 in über 400 Anträgen Einsparungsvorschläge mit einem Volumen von 12,5 Milliarden Euro gemacht. Im schwarz-gelben

*Das Erbschaftsteuergesetz ist ein Beschäftigungsprogramm für Finanzbeamte, Gutachter und Richter.*

„ Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 stand an erster Stelle das Ziel „Wohlstand für alle“. Unter dem Motto „Mehr Netto vom Brutto“ wurde angestrebt „dass Steuern einfach, niedrig und gerecht“

werden sollen, um der Demotivation der Bürger im Hinblick auf die Höhe der Steuer- und Abgabenlast entgegen zu wirken. Danach folgten seitenweise fast ausnahmslos sinnvolle geplante Korrekturen und Änderungen – nur umgesetzt wurde davon bislang nur der geringste Teil.

Allein diese Hinweise zeigen, dass der Staat über ausreichende Mittel verfügt, um seinen originären Aufgaben ohne Verletzung der Schul-



**Das Sparen bleibt wichtig; denn die Bürger sollen für ihre Altersvorsorge etwas zurücklegen. Würden sie alles konsumieren, käme dies wie ein Bumerang zum Staat zurück – wenn sie im Alter soziale Hilfen benötigen.**

dengrenze nachzukommen. Das Problem liegt nicht in zu geringen Steuereinnahmen, sondern

- im teilweise unwirtschaftlichen Umgang mit den Mitteln,
- fehlendem Sparwillen und
- in einer irrationalen, emotionsgetriebenen Steuerpolitik.

Den fehlenden Sparwillen kann man daran erkennen, dass die Politik den Bürger mit immer neuen „Wohltaten“ überhäuft, die dieser weder erwartet noch wirklich will (als „Mitnahmeeffekt“ allerdings dann doch annimmt). Das geht soweit, dass die bereitgestellten Mittel erst durch Werbekampagnen an den Mann bzw. an die Frau gebracht werden müssen. So ist momentan die staatliche Finanzierung von Nachhilfestunden en vogue, obwohl Lehrervereinigungen wie der Deutsche Lehrerverband zu Recht darauf hinweisen, dass das Geld an falscher Stelle investiert wird. Statt für Nachhilfe sollte es nach deren Auffassung lieber ausgegeben werden, um die Lernbedingungen an den Schulen zu verbessern – zum Beispiel durch kleinere Klassen; denn „dann wäre Nachhilfe gar nicht erst notwendig“.

Es ist ein weit verbreiteter Irrglaube, dass ein Staat, der die Steuern um 5 Prozent erhöht, auch 5 Prozent mehr einnimmt. Bereits 1728 hat Jonathan

Swifts in seinem „Steuereinklein“ dargestellt, dass im Gegenteil Steuersenkungen zu (Gesamt-) Mehreinnahmen führen können. 1974 hat dies Arthur B. Laffer mit seiner Laffer-Kurve auch wissenschaftlich und empirisch bestätigt. Dieser Effekt liegt darin begründet, dass ab einer als überhöht empfundenen Steuerbelastung Gegenreaktionen der Steuersubjekte erfolgen. Nach Tabaksteuererhöhungen wird weniger geraucht, weshalb die Tabaksteuereinnahmen zurückgehen.

Wird die Einkommensteuer erhöht, wird weniger konsumiert und weniger gearbeitet (Überstunden lohnen sich nicht), so dass zwar die Einkommensteuereinnahmen (zunächst) steigen, die Umsatzsteuer und Verbrauchsteuereinnahmen aber sinken. Wird die Erbschaftsteuer erhöht, ziehen die wirklich Vermögenden, die nicht täglich arbeiten müssen und deshalb mobil sind, in ein todessteuerfreies Nachbarland wie Österreich oder die Schweiz. Werden die Unternehmen zu hoch besteuert, verlagern sie Betriebsstätten ins Ausland, und wird, wie jüngst, der Energieverbrauch deutlich höher besteuert, so ziehen energieintensive Betriebe eben in Nachbarstaaten. Hierbei handelt es sich allerdings nur um die Primäreffekte. Noch gravierender können die Sekundäreffekte sein. Tendenziell führen Steuererhöhungen wegen verringertem Konsum und

zunehmenden Betriebsstättenverlagerungen zu weniger Beschäftigung, und die Leistungsanreize sinken (Arbeit lohnt sich nicht mehr). Dies bedeutet nicht nur einen Rückgang der Einnahmen aus Lohnsteuer und Sozialabgaben, sondern korrespondierend auch ein Ansteigen der Sozialausgaben bei Arbeitslosenversicherung, Hartz IV, Wohngeld, Bafög usw. Der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel hat in seiner Rede zum Tag des deutschen Familienun-

ternehmens 2011 im Hotel Adlon gefordert, dass die Deutschen – zur Erreichung des gewünschten Wirtschaftswachstums – mehr konsumieren sollten. Dies wäre sicherlich wünschenswert, aber das geht nur mit Steuersenkungen, nicht mit Steuererhöhungen. Die Politik kann seriöserweise nicht wünschen, dass die Bürger weniger für ihre Altersvorsorge zurücklegen und statt dessen konsumie-

## Sie zahlen an den Fiskus, was immer Sie tun

Ihr Hund, Ihr Auto, Ihr Bier – auf alles sind Steuern fällig. Wie viel, zeigen wir Ihnen an einem typischen Beispiel

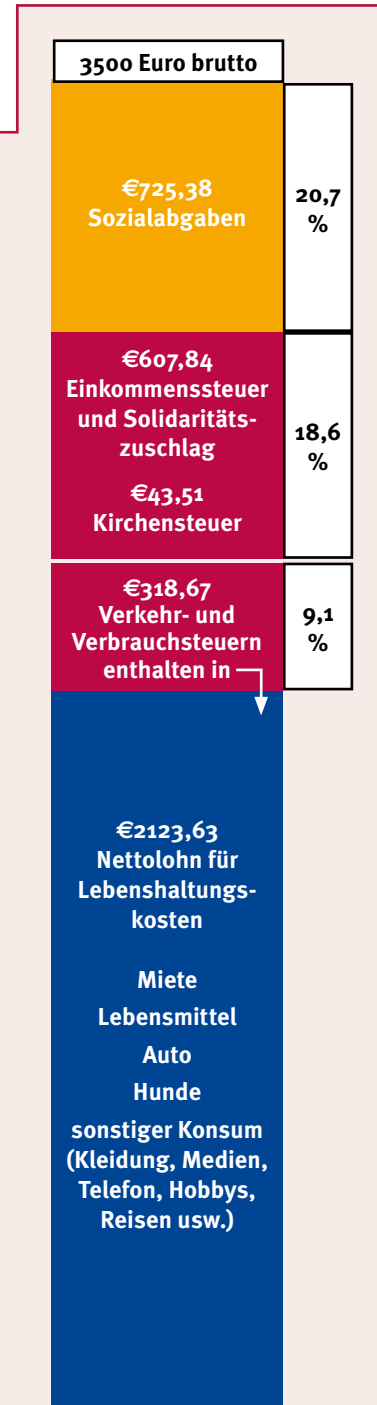
Max Mustermann ist Alleinverdiener mit einem monatlichen Arbeitslohn von **3500 Euro brutto**. Er erhält kein 13. Monatsgehalt. Damit ist er ein ziemlich durchschnittlicher Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen. Nach Abzug der Werbungskostenpauschale und der Sonderausgaben ergibt sich für ihn ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von 33 958,66 Euro.

Max Mustermann ist kein regelmäßiger Kirchgänger, aber kirchensteuerpflichtig (8 Prozent) – und sparsam. 13 000 Euro hat er auf die hohe Kante gelegt mit einem Zinssatz von 3 Prozent. Damit erwirtschaftet er am Ende des Jahres zusätzlich eine Gutschrift von 390 Euro, die steuerlich nicht ins Gewicht – weil unter den Sparerpausch-Betrag – fällt. Für unsrer Monatsrechnung vernachlässigen wir sie deshalb.

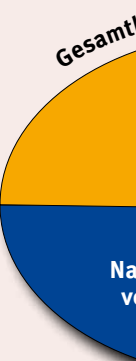
Max Mustermann zahlt wie jeder Arbeitnehmer seine Versicherungsbeiträge für die Risiken Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und für die Chance, mit 67 in den Genuss einer Rente zu gelangen. Die so genannten **Sozialabgaben** belaufen sich bei ihm auf **725,38 Euro**. Nach deren Abzug bleibt ihm ein Bruttolohn vor Steuern von 2774,62 Euro.

Nun langt der Staat zu – und zwar kräftig. Max Mustermann zahlt **607,84 Euro Einkommensteuer** und Solidaritätszuschlag. Hinzu kommen **43,51 Euro Kirchensteuer**. Der Arbeitgeber überweist also 650,99 Euro ans Finanzamt. Sozialabgaben und Steuerabzüge summieren sich auf 1376,37 Euro, den Rest von **2123,63 Euro** erhält Max Mustermann als **Nettolohn** ausgezahlt.

Von diesem Betrag bestreitet er seine Lebensunterhaltskosten – und zahlt weiter kräftig Steuern. Folgende monatliche Ausgaben nehmen wir an:



Schöne schnelle Lebens ein Teil Diese se Stromst die Kaff die Ums aller Au (Lebens mit 19 P





ren. Ein solches Verhalten käme wie ein Bumerang zum Staat zurück, wenn die Bürger im Alter (noch mehr) soziale Hilfen benötigen.

Unter der Prämisse, dass Steueränderungen dann gut sind, wenn es danach allen Steuerbürgern besser geht und auch dem Staat, wären alle Änderungen im Steuersystem primär auf ihre wirtschaftliche Effizienz zu untersuchen. Außerdem sollte dabei der vom Bundesverfas-

sungsgericht mit Beschluss vom 22. Juni 1995 aufgestellte „Halbteilungsgrundsatz“ beachtet werden, nach dem der Staat dem Bürger nicht mehr als 50 Prozent seines Einkommens in Form von Steuern wegnehmen darf. Unter Berücksichtigung der Verbrauchsteuern ist diese Steuerquote bei „Besserverdienern“ schnell überschritten. Eine rationale und zukunftsorientierte Steuersenkungspolitik hat deshalb folgende Voraussetzungen zu beachten:



**Wohnung, netter Hund, das Auto – alle Annehmlichkeiten des Lebens verursachen Kosten, und immer geht davon als Steuern an den Fiskus. Die sogenannten Verbrauchsteuern sind die Grundsteuer, die Energiesteuer, die Biersteuer, die Kaffeesteuer. Und natürlich kommt noch die Einkommensteuer hinzu: ein knappes Drittel der Einnahmen (Einkommensteuern mit ermäßigten 7 Prozent auf Lebensmittel), die restlichen gut zwei Drittel entfallen auf die Einkommensteuer.**

Gas (Heizung und Warmwasser), hinzu kommen steuerpflichtige Versicherungsprämien (Hausratversicherung und eine private Haftpflichtversicherung).

• **350 Euro für Lebensmittel** und ermäßigt besteuerte Getränke (7 Prozent Mehrwertsteuer) sowie für Genussmittel: 0,5 kg Kaffee, 8 l Pils (letzteres mit 19 Prozent Mehrwertsteuer), für die obendrein noch Kaffee- und Biersteuer fällig werden.

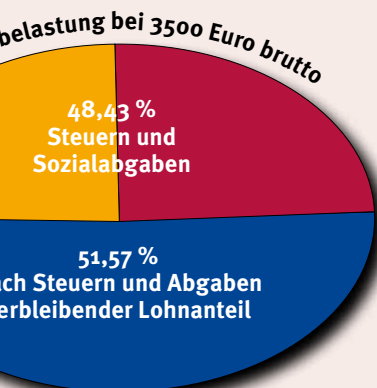
• **400 Euro fürs Auto** einschließlich Kfz-Steuer, steuerpflichtigem Verbrauch an Energieträgern: 150 l Benzin (0,6545 Euro Energiesteuer je Liter plus Umsatzsteuer) und Versicherungssteuer für Kfz-Versicherungen.

• **120 Euro für zwei Hunde** gegen die Einsamkeit einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer für Futter (85 Euro) sowie Hundesteuer – für den ersten Hund 10 Euro im Monat, für den zweiten 15 Euro (Berliner Sätze) und eine steuerpflichtige Hundehalterhaftpflichtversicherung (weitere 10 Euro).

• **500 Euro für sonstigen Konsum** wie Kleidung und Schuhe, Sport und Unterhaltung, Kultur und Bildung, Tageszeitung und andere Medien, Telefonie und Internet, Hobby und Reisen – einschließlich Mehrwertsteuer von 19 Prozent.

• **53,63 Euro Rest** bleiben übrig, die legt Herr Mustermann am Ende des Monats auf die hohe Kante. Das ist so wenig, dass er keine Kapitalertragsteuer fürchten muss, mit der sein bereits besteuertes Einkommensrest sonst ein zweites Mal besteuert würde – der Glückliche.

**Summa summarum** zahlt Max Mustermann beim Bestreiten seiner Lebensunterhaltskosten weitere **318,67 Euro Verbrauch- und Verkehrsteuern** – aus einem Normalverdiener wie ihm saugt der Staat die beträchtliche **Steuersumme von 969,66 Euro.**  
Quelle: Berechnung des ZEW



1. Realistische Überprüfung der Erhebungskosten, die jede einzelne Steuerart für den Staat und für den Steuerbürger mit sich bringt.
2. Realistische Überprüfung, ob die Ermittlung der Steuerbemessungsgrundlage der jeweiligen Steuer vereinfacht werden kann bzw. ob die Steuerbemessungsgrundlage dauerhaft gleichheitsgerecht ermittelt werden kann.
3. Schaffung von Steuer-Konkurrenz durch Übertragung der Gesetzgebungsbefugnis für Ländersteuern auf die Bundesländer.
4. Vergleich der Erhebungskostenquote der einzelnen Steuerarten mit dem Ziel, erhebungskostenintensive (unwirtschaftliche) Steuern abzuschaffen.
5. Prüfung aller Steuerarten auf ihre Streitanzfälligkeit und vorhersehbare verfassungsrechtliche Risiken (überdurchschnittlich viele Rechtsbehelfs- und Klageverfahren verursachen sowohl bei der Steuerverwaltung als auch beim Bürger überflüssige Kosten).
6. Prüfung der korrespondierenden Einnahmenverluste/Ausgabenmehrungen in anderen Bereichen.

Beispiele für – wirtschaftlich betrachtet – völlig unsinnige Steuern, die nach ökonomischen Kriterien abgeschafft bzw. nie wieder eingeführt werden dürften, sind die Erbschaftsteuer und die Vermögensteuer.

In dem Gesetzentwurf zum Erbschaftsteuerreformgesetz 2009 wird ausgeführt, dass die erwarteten Bürokratie-Mehrkosten für bis zu 90 000 betroffene Unternehmen lediglich 3,5 Millionen Euro betragen. Dies entspricht pro Unternehmen gerade einmal 38,89 Euro. Der Nationale Normenkontrollrat hält diese Schätzung für völlig untertrieben (Drucksache 16/7918). Die deutsche Steuergewerkschaft geht in ihrer Stellungnahme vom 5. März 2008 von rund 500 zusätzlichen Beschäftigten im höheren Dienst und Sachverständigen aus. Wissenschaftler

gehen in ihren Schätzungen der jährlichen Erhebungskosten für dieses Monstergesetz mit „untauglichen Bewertungsverfahren“ (so der BFH-Vizepräsident Viskorf) von über einer Milliarde Euro aus. Damit würden schon allein die Erhebungskosten rund 25 Prozent der erwarteten Steuereinnahmen betragen.

Dieses Gesetz ist letztlich vor allem ein riesiges Beschäftigungsprogramm für Finanzbeamte, Gutachter, Steuerberater und Richter. Bezüglich der Erhebung von Vermögensteuer sei nur auf die Erfahrungen der Vergangenheit verwiesen und auf die verfassungsrechtliche Vorgabe, dass der Gleichheitssatz des Art. 3 GG auch im Steuerrecht zu beachten ist.

*Es ist ein Irrglaube, dass ein Staat, der die Steuern um 5 Prozent erhöht, auch 5 Prozent mehr einnimmt.*

Die Erhebung von Vermögensteuer setzt verfassungsrechtlich voraus, dass alle Vermögenswerte mit ihrem aktuellen Verkehrswert bewertet werden.

Eine solche bundesweite Bewertung ist extrem aufwendig. Für die alten Bundesländer konnte sie deshalb – entgegen dem vom Gesetz vorgesehenen 10-Jahres-Turnus – nur einmal zum Stichtag 1.1.1964 durchgeführt werden, in den neuen Bundesländern gibt es nur Werte vom 1.1.1935. Diese Erfahrungen zeigen, dass eine notwendige bundesweite zeitnah aktualisierte Bewertung aller Vermögensarten nur mit gigantischem Aufwand möglich wäre und dass eine Prozesslawine mit „Gutachter-Schlachten“ zur „richtigen“ Bewertung ausgelöst würde.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass durch die inflationsbedingte „kalte“ Progression der Bürger immer mehr Steuern zahlt, ohne dass dem eine Steigerung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gegenübersteht. Insofern stellen die von der Politik als „Steuersenkungen“ verkauften minimalen Entlastungen größtenteils nur die Rückgängigmachung „automatisierter“ Steuererhöhungen dar. Um Wachstumsimpulse zu erreichen, wäre dagegen, nicht zuletzt aus psychologischen Gründen, eine „echte“, nachhaltige und spürbare Steuersenkung notwendig. ◆

# BERLIN 1237–2012

Stadt im Mittelalter.

Stadt der Vielfalt.

be  Berlin  
775 JAHRE

775 JAHRE

Berlin

25.8.–28.10.2012

## Open-Air-Ausstellungen

### Stadt im Mittelalter

Auf den Spuren der Askanier

### Stadt der Vielfalt

Von Hugenotten, Russen  
Türken und anderen Berlinern

28.10.2012

## Jubiläumsfest

Berlin wird 775



**Dr. Hans Kremendahl** ist habilitierter Politikwissenschaftler. Der Sozialdemokrat war Staatssekretär im Senat von Berlin und Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal. Heute ist er als Politikberater und Publizist tätig.

## Kann denn Steuer Sünde sein?

Schwarz-Gelb scheiterte, die Steuern zu senken. Die SPD will hingegen gleich als Steuererhöhungspartei in den Bundestagswahlkampf ziehen

Von Dr. Hans Kremendahl

Ein Berg wollte kreißen, ein Mäuslein ward geboren. Dieses Sprichwort kennzeichnet die Steuerpolitik der Koalition aus CDU, CSU und FDP. Noch im Koalitionsvertrag von 2009 schien sich die FDP mit ihrer Forderung nach einem „einfachen, gerechten und niedrigen Steuersystem“ (Guido Westerwelle) durchgesetzt zu haben. Von Entlastungen zwischen 16 Milliarden und 24 Milliarden Euro war die Rede. Diese vollmundigen Ankündigungen wurden schon nach wenigen Monaten von der haushaltspolitischen Realität eingeholt. Dass die FDP nicht „liefern“ konnte, dass sie von Merkel und Schäuble ausgebremst wurde, hat zu ihrem jähen Absturz bei Landtagswahlen und in Umfragen beigetragen.

Nach langem Hin und Her einigten sich die Koalitionsspitzen im Herbst 2011 auf eine Mini-reform. Der Grundfreibetrag soll um 110 Euro angehoben, die Eckwerte sollen um 1,4 Prozent verschoben werden. Damit will die Regierung die „kalte Progression“ mildern, die dazu führt, dass Lohn- und Einkommensverbesserungen durch das Hineinwachsen in eine höhere Progressionszone weitgehend absorbiert werden. Rund 6 Milliarden Euro soll das an Entlastungen bringen. Schaut man sich jedoch die Auswirkungen

auf die einzelnen Steuerzahler an, wird der Minimalcharakter der für 2013 geplanten Reform überdeutlich: Nach einer Berechnung des Bundes der Steuerzahler spart ein Geringverdiener mit bis zu 10 000 Euro zu versteuerndem Einkommen pro Jahr ganze 19 Euro, ein „Besserverdiener“ ab 54 000 Euro immerhin 116 Euro – im Jahr. Kein Wunder, dass die parlamentarische Opposition und die meisten (auch unionsregierten)

*Schwarz-Gelb  
hat über Steuersenkungen  
geredet, Rot-Grün  
hat sie gemacht!*

„ Bundesländer sagen, eine solche Reform rechtfertige die staatlichen Mindereinnahmen nicht und sei nur eine Beruhigungspille für die gebeutelte FDP.

Schwarz-Gelb hat über Steuersenkungen geredet, Rot-Grün hat sie gemacht! Am Ende der Ära Kohl lag der Spitzensteuersatz bei 53 Prozent, am Ende der Kanzlerschaft Schröder – durch das Steueränderungsgesetz 2000 – bei 42 Prozent. Unverdächtige Zeugen wie Angela Merkel und Nicolas Sarkozy sagen heute, dass diese Politik, verbunden mit der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen, den Grundstein dafür gelegt hat, dass Deutschland am besten durch die Finanzkrise gekommen ist und die niedrigste Arbeitslosenquote der großen EU-Länder hat. Gewiss: Die SPD hat für diese Politik, vor allem für das späte Sichtbarwerden ihrer Erfolge,



**Da kommt Freude auf:  
Nach der Steuererhöhung  
kann der Staat so richtig  
in die Vollen greifen.**



einen hohen Preis bezahlt. Der Verlust der Regierungsführung 2005, die verheerende Wahlniederlage 2009, das Erstarken der Linkspartei, die Abwanderung sozialdemokratischer Wähler in die Nichtwahl – das alles lässt sich mit den Auswirkungen von Hartz IV, aber auch mit der halbherzigen Erläuterung und Vertretung dieser Reformen durch die SPD selbst erklären.

Die finanzpolitischen Beschlüsse des Berliner Parteitags vom Dezember 2011 bedeuten zu einem guten Teil ein Dementi der eigenen Politik und eine Wende um 180 Grad. Dabei hatte sich der ehemalige Finanzminister Peer Steinbrück in seiner Parteitagsrede eindeutig zu den Erfolgen sozialdemokratischer Regierungspolitik bekannt: „Wo stünde die Bundesrepublik

Deutschland heute ohne die teilweise bitteren Reformen und Maßnahmen in der Regierungszeit von Gerhard Schröder und ohne die Beiträge sozialdemokratischer Minister und Ministerinnen in der Großen Koalition? Die schwarz-gelbe Bundesregierung profitiert davon. Aber wir dürfen, wie ich finde, mit mehr Selbstbewusstsein über das reden und das darstellen, was uns in diesen letzten zehn Jahren gelungen ist.“

Auffällig ist, dass Steinbrück zu den konkreten Forderungen in dem finanzpolitischen Parteitagsbeschluss „Fortschritt und Gerechtigkeit: Wirtschaftlicher Erfolg, solide Finanzen und sozialer Zusammenhalt“ nicht Stellung nimmt. Dies könnte – mit gutem Grund – als teilweise Distanz gedeutet werden.

Kein Zweifel: Der SPD-Parteitagbeschluss vom Dezember 2011 enthält Richtiges und Wichtiges. Dazu gehört die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent, gegebenenfalls auch nur in der Eurozone. Dazu gehört ebenfalls die – allerdings nicht konkretisierte – Ankündigung einer verbesserten steuerlichen Innovationsförderung und des Ausgleichs des jährlichen durchschnittlichen Defizits in der Kommunalfinanzierung von 8 Milliarden bis 9 Milliarden Euro ab 2016.

Ganz sicher weist auch die Ankündigung, ein Finanzvolumen von zusätzlich 10 Milliarden Euro für die Bildung zu mobilisieren, in die richtige Richtung. Eine deutliche Abkehr von der Finanzpolitik in sozialdemokratischer Regierungsverantwortung ist jedoch die Forderung, den Spitzensteuersatz ab

einem Einkommen von 100 000/200 000 Euro auf 49 Prozent zu erhöhen und damit 5 Milliarden Euro Mehreinnahmen zu generieren. Sicher: Unter abstrakten Gerechtigkeitskriterien mag dies

angehen. Der Pferdefuß ist jedoch, dass auch die weitaus meisten mittelständischen Unternehmen (Familienunternehmen, Personengesellschaften) einkommensteuerpflichtig sind. Hier könnte sich eine solche Steuererhöhung als Konjunktur- und Investitionsbremse auswirken – und damit auch die Einnahmeerwartung unrealistisch machen!

10 Milliarden Euro Mehreinnahmen für die Bundesländer will die SPD durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer (mit Freibeträgen für Privatpersonen und Unternehmen) und durch eine Reform der Erbschaftssteuer erzielen. Auch hier stehen Konkretisierungen aus. Diese Vorschläge begegnen zwei entscheidenden Bedenken: Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer sind Substanzsteuern. D. h. sie werden auf Vermögen erhoben, das aus schon einmal besteuertem Einkommen gebildet worden ist. Und sie könnten bei Unternehmen und anderen betroffenen Steu-

erzählern eine Art „Republikflucht“ auslösen: Man lässt sich dort nieder, wo es wie beispielsweise in Österreich keine Erbschaftssteuer gibt. Auf den ersten Blick plausibel mutet der Vorschlag an, die Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge von derzeit 25 Prozent auf 32 Prozent anzuheben. Das mag sogar indirekt konjunkturstimulierend wirken und eine zu hohe Sparquote reduzieren. Andererseits: Der kleine Sparer wird davon ebenso tangiert wie der Besitzer großer Anlagenpakete. Ist das wirklich gewollt?

Obgleich das Hin und Her der schwarz-gelben Steuerpolitik zu dem für sich genommen sensationellen Ergebnis geführt hat, dass in etlichen Umfragen eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung Steuersenkungen ablehnt, ist der von der SPD offenbar angenommene Umkehrschluss,

“  
*Die SPD-Beschlüsse vom Dezember 2011 sind ein Dementi der eigenen Politik und eine Wende um 180 Grad.*”

mit Steuererhöhungen punkten zu können, wahrscheinlich ein Kurzschluss. Will die SPD, die in ihrer Regierungszeit die umfangreichsten Steuerreformen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

durchgesetzt hat, wirklich als Steuererhöhungspartei in den Bundestagswahlkampf 2013 ziehen? Nicht immer bedeuten höhere Steuersätze auch höhere Staatseinnahmen! Sie können auch wirtschaftliche Dynamik abbremsen und das Steueraufkommen dadurch sogar vermindern.

Man muss kein Anhänger der berühmten Kurve des amerikanischen Ökonomen Arthur B. Laffer oder der flat tax von Paul Kirchhof sein, um diesen Zusammenhang zu erkennen. Sicher, für Steuersenkungen großen Stils ist bei der gegebenen Haushaltslage und vor dem Hintergrund der Schuldenbremse im Grundgesetz kein Spielraum. Aber das Umgekehrte birgt ebenfalls Gefahren, die nicht zu unterschätzen sind. Am dringendsten ist ohne Zweifel eine Behebung der Finanznot der Gemeinden. Rund zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen sind kommunale Investitionen. Der Spiel-

raum dafür – und damit auch für Aufträge an Handwerk, Bauwirtschaft und örtlichen Mittelstand – ist jedoch immer geringer geworden.

Mit einer einfachen Maßnahme könnte der Bundesgesetzgeber dem entgegenwirken: Für die rund 3 Millionen einkommensteuerpflichtigen Unternehmen sollte die Kappungsgrenze von 380 Punkten Gewerbesteuer-Hebesatz bei der Anrechnung auf die Einkommensteuer entfallen. Damit wäre die Gewerbesteuer für kleine und mittelständische Betriebe keine echte Belastung mehr, die Forderung der kommunalen Spitzenverbände (und der SPD) nach Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuerpflicht wäre erfüllbar – und die Kommunen könnten ihr verfassungsrecht-

lich gesichertes Hebesatzrecht nach eigenen Haushaltsnotwendigkeiten ausüben, ohne Standortnachteile befürchten zu müssen.

Bis zu einer Umsetzung der steuerpolitischen Parteitagebeschlüsse der SPD in ein Wahlprogramm oder gar in konkretes Regierungshandeln sind noch vertiefte Diskussionen, Präzisierungen und Korrekturen erforderlich. Auch hier hat Peer Steinbrück einen richtigen Hinweis gegeben: „Das heißt aber auch, dass nach Beendigung dieses Parteitages jeder unserer Beschlüsse bei einer dann hoffentlich stattfindenden Regierungsübernahme den Realitätstest und den Robustheitstest gegenüber Einwänden bestehen müssen. Darüber müssen wir nachdenken bei jeder Beschlusslage.“ ♦

## Steuerreformen seit 2000 im Überblick

### Rot-Grün | 1998 bis 2005

#### Steueränderungsgesetz 2000

- > Schrittweise Senkung des Spitzensteuersatzes von 53 Prozent auf 42 Prozent

### Große Koalition | 2005 bis 2009

Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 Prozent auf 19 Prozent zum 1.1.2007

#### Unternehmenssteuerreform 2008

- > Senkung Körperschaftsteuersatz von 25 Prozent auf 15 Prozent
- > 25-prozentige Abgeltungssteuer auf private Kapitalerträge
- > Gewerbesteuer: Senkung der Messzahl von 5 Prozent auf 3,5 Prozent  
Hinzurechnung von 25 Prozent Fremdkapitalzinsen,  
Mieten, Pachten, Leasingraten  
Anhebung des Anrechnungsfaktors auf Einkommensteuer von 1,8 auf 3,8

#### Bürgerentlastungsgesetz 2009

- > Verbesserte steuerliche Absetzbarkeit von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung

### Schwarz-Gelb | seit 2009

#### Wachstumsbeschleunigungsgesetz 2009/2010

- > Erhöhung der Steuerfreibeträge pro Kind auf 7008 €
- > Besserstellung von Geschwistern und Geschwisterkindern bei der Erbschaftssteuer
- > Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen von 19 Prozent auf 7 Prozent

# Die aktuellen Parteipräferenzen im Bund

## Die Union ist Spitze, aber einsam

		CDU/CSU	FDP	SPD	Die Linke	Grüne	Piraten	Sonstige
		Alle Angaben in Prozent						
Bundestagswahl*		33,8	14,6	23,0	11,9	10,7	–	6,0
Umfrage-Werte in Woche ...								
2011	34. (22.8.-26.8.)	33	5	25	9	21	–	7
	35. (29.8.-2.9.)	32	4	27	9	19	–	9
	36. (5.9.-9.9.)	31	4	29	9	19	–	8
	37. (12.9.-16.9.)	31	3	28	9	20	–	9
	38. (19.9.-23.9.)	31	2	29	7	19	7	5
	39. (26.9.-30.9.)	31	3	28	7	17	8	6
	40. (4.10.-7.10.)	31	4	27	8	17	8	5
	41. (10.10.-14.10.)	31	3	26	8	16	10	6
	42. (17.10.-21.10.)	31	3	27	8	16	10	5
	43. (24.10.-28.10.)	32	3	28	8	16	9	4
	44. (31.10.-4.11.)	33	3	28	8	15	8	5
	45. (7.11.-11.11.)	34	2	26	9	15	9	5
	46. (14.11.-18.11.)	36	3	26	8	14	8	5
	47. (21.11.-25.11.)	35	3	25	9	16	7	5
	48. (28.11.-2.12.)	35	3	26	9	16	6	5
	49. (5.12.-9.12.)	35	3	28	8	14	7	5
50. (12.12.-16.12.)	35	2	28	7	14	9	5	
51. (19.12.-23.12.)	35	3	28	8	14	7	5	
52. (27.12.-30.12.)	35	3	27	8	14	8	5	
2012	1. (2.1.-6.1.)	36	2	26	7	16	8	5
	2. (9.1.-13.1.)	35	3	27	7	15	8	5
	3. (16.1.-20.1.)	36	3	27	7	15	7	5
	4. (23.1.-27.1.)	36	3	27	8	15	7	4
	5. (30.1.-3.2.)	38	3	27	8	13	7	4
	6. (6.2.-10.2.)	38	2	26	9	13	7	5
	7. (13.2.-17.2.)	38	2	25	8	15	8	4

Das forsa-Institut ermittelte diese Werte durch wöchentliche Befragung von in der Regel rund 2500 wahlwilligen Deutschen.

Quelle: forsa

\* Amtliches Endergebnis der Bundestagswahl vom 27. September 2009 (Zweitstimmen)



Technik  
für das Leben

[www.draeger.com](http://www.draeger.com)



BUNDESTAG.DE

**Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld** ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er ist Autor von Büchern zur internationalen Politik, deutschen Frage und Zeitgeschichte und von Artikeln in den Zeitungen Augsburgs Allgemeine, Welt am Sonntag, Financial Times und New York Times.

## Kandidaten aus dem alchemistischen Machtlabor der Angela Merkel

*Der Fall des Bundespräsidenten – Fragen an die Kanzlerin*

Von Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld

*Merkwürdige Superlative erfassen die Republik: der jüngste Bundespräsident, die kürzeste Amtszeit, die seltsamsten Verdächtigungen. Wir erleben das traurige Aus einer jahrzehntelangen politischen Karriere des Christian Wulff. Die Etappe, die zum Höhepunkt einer markanten Biographie werden sollte, geriet zum Tiefpunkt. Die mediale Dramatik, die sich über viele Monate hinzog, erhielt ein kurzes, intensives Echo – und schon richtete sich der Blick auf den Nächsten im Amt.*

*Ein Dienst an der politischen Kultur ist eine solche Flüchtigkeit nicht. Sie überspringt die tiefen Schrammen und Wunden, die der Vorgang im Selbstverständnis und im Horizont der Selbstwahrnehmung der Republik*

*hinterlassen hat. Ein Blick hinter den doppelten Vorhang des politischen Tagesgeschehens – dafür sollte man sich die Zeit nehmen.*

*Die Substanz des Vorgangs erweist sich zunächst als recht dünn. Da gibt es allerlei Verdächtigungen und Ungeschicklichkeiten,*

*da gibt es Unschuldsvermutungen und Ansätze zu Ermittlungen: Die Justiz macht klar, dass sie sich unter öffentlichen Druck auf der Grundlage von Medienberichten zu Initiativen gedrängt sah. Nicht die rechtliche Substanz, sondern die Verknotungen und Verwebungen von Stimmungslagen ließen den politischen Rückhalt des Präsidenten zusammenbrechen. Für ihn blieb nur, das große Aus nachzuvollziehen.*

*Danach war die gängige politische Prosa aus den verschiedenen Ecken zu vernehmen. Von „Respekt“ bis „Erleichterung“, von der „Bereitschaft zum Neu-Beginn“ bis zur Absicht „Schaden vom Amt des Staatsoberhauptes abzuwenden“, wurden alle verbalen Üblichkeiten artikuliert.*

*Der substantielle Kern wird mit alledem nicht getroffen. Jeder Seismograph für die Erschütterungen unter der Oberfläche politisch-medialer Ereignisse zeigt tiefe Verwundungen der Republik an. Der Gesamtvorgang bietet eine schwere Belastung des politischen Systems – jenseits des Profils einer einzigen Institution. Wir erleben und erleben die Vernichtung von Respekt vor dem politischen Amt. Ein Distanzierungsschub der Bürger gegenüber politischen Ämtern und Verantwortlichkeiten ist unübersehbar. Die Unbekanntheit der Demokraten im Status quo des politischen Systems nimmt zu. Die wachsende Distanz bedeutet einen Entzug von Ver-*

trauen. Jede moderne Gesellschaft ist aber ganz elementar auf Vertrauen angewiesen. Die extrem große Arbeitstätigkeit verlangt in jedem Moment einen Vorschuss an Vertrauen in die Kompetenz und Zuverlässigkeit des Anderen. Vertrauen ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Vertrauen liefert den Sauerstoff, der eine vitale Dynamik in der Gesellschaft ermöglicht. Diese Grundelemente gesellschaftlicher Existenz werden der Republik mehr und mehr entzogen. Sie kippt in eine Misstrauensgesellschaft um.

Das Drama um das Amt des Bundespräsidenten ist also in einem viel umfassenderen Horizont der politischen Kultur einzubetten. Die Frage nach dem „Wann“ und „Wieso“ gewinnt damit ein anderes Gewicht – sie erscheint weit jenseits der täglichen Schlagzeilen, die mit ihren großen Lettern merkwürdig schal wirken.

Das Amt des Bundespräsidenten soll Bindungen in der Republik zum Tragen bringen. Er soll Orientierung bieten, Geländer an denen die Bürger Halt finden können. Bisher hat die Republik mit ihren Präsidenten über Jahrzehnte sehr viel Glück gehabt. Man erinnere sich nur an die großen Figuren eines Theodor Heuss, eines Gustav Heinemann und eines Richard von Weizsäcker, eines Roman Herzog. Und dann begann die Ära, das Amt des Bundespräsidenten mit politischem Pech der Republik in Verbindung zu bringen. Das gilt für Horst Köhler wie für Christian Wulff – gleichgültig, wie hoch ihr persönlicher Anteil an diesen Verwerfungen war.

Was aber galt als verbindendes Glied für beide Amtsträger? Beide Personen stammten als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten aus dem alchemistischen Machtlabor der Angela Merkel. Die behende machttechnische Fingerfertigkeit der Bundeskanzlerin packte in beiden Fällen zu. Ihr Talent, das immer wieder in situativem Krisenmanagement aufstrahlt, hatte zwei Kandidaten aufgespürt, deren Stellenwert im Machtkalkül der Angela Merkel den alles entscheidenden Faktor bildete. Mit dem einen konnte sie Kandidaten in die Kulissen abschieben, die für sie problematisch

geworden wären. Mit dem anderen konnten Traumwelten der Kanzlernachfolge eliminiert werden. Dieses kühle Kalkül ging auf.

Der Bundespräsident als kleiner Stein im Machtmosaik der Bundeskanzlerin – damit wies die hurtige machttechnische Fingerfertigkeit der Kanzlerin zwei Mal Erfolgserlebnisse auf. Das Amt des Bundespräsidenten ist aber eigentlich in einer anderen politisch-kulturellen Welt verortet und verankert: in der Welt der strategischen Perspektive und der geistigen, historischen Orientierung. In dieser Welt der politischen Kultur aber fühlt sich Angela Merkel nicht zu Hause. Daraus wird die Präsidentenkrise der Republik erklärbar. Sie besteht in der Diskrepanz zwischen situativem Management und strategischer Verortung, die Angela Merkel nicht aufheben kann, sondern eher verschärft und vertieft. So wird der schmerzhafte Fall des Bundespräsidenten mit all seinen Erschütterungen der politischen Kultur zur Frage an Bundeskanzlerin Angela Merkel. Man darf auf die Antwort gespannt sein.

Man halte sich sorgfältig vor Augen: Alle Bundespräsidenten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren Ausdruck oder Wegbereiter der machtarchitektonischen Konstellationen der Republik. Das gilt auch für Köhler, Wulff und deren Nachfolger. Die Magnetfelder neuer Mehrheiten zeigen jeweils frühzeitig ihre Wirkung.

Und dieses Mal erhält die Nachfolgeregelung einen besonders sensiblen Beigeschmack: Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich vor rund zwei Jahren bereits gegen ihn ausgesprochen und dann in den Tagen der Kandidatenkür wieder. Aber dieses Mal wurde ihr Widerstand gebrochen. Der Preis für sie ist künftig der praktisch tägliche Vorwurf, dass man ihr die tragischen Verläufe der letzten Jahre zu verdanken hat. Ein Gauck hätte schon damals keinen Distanzierungs- und Mißtrauensschub der Bürger ausgelöst. Aber Angela Merkel hat es ja anders gewollt. Die Kette der unangenehmen Fragen an Angela Merkel setzt sich fort.



**Bernhard Helbing** ist geschäftsführender Gesellschafter der TMP Fenster + Türen GmbH im thüringischen Bad Langensalza und Präsident des Verbandes Fenster und Fassade (VFF). Die deutschen Hersteller von Fenstern, Fassaden und Haustüren beschäftigen rund 100 000 Mitarbeiter in 7200 Betrieben mit insgesamt rund 8,5 Milliarden Euro Umsatz.

## Die Basis der Energiewende

Gebäudesanierung ist eine gesellschaftliche Aufgabe und muss einen festen Platz auf der politischen Agenda einnehmen

Von Bernhard Helbing

Mit neuen Fenstern tun sich die Deutschen schwer. Man denke nur an die 2007 im Südquerhaus des Kölner Doms installierten Fenster des Künstlers Gerhard Richter, deren abstrakte Gestaltung deutschlandweit kontroverse Reaktionen auslöste. Ging es dem Domkapitel dabei um ästhetische, gar theologische Argumente, tritt das Fenster ansonsten leider viel zu selten als Kulturgut in Erscheinung. Ein Thema für die Politik sind Fenster dennoch, und zwar als Schlüsseltechnologie für die Energiewende. Doch auch hier wäre mehr Dynamik möglich: Statistisch gesehen tauschen Hauseigentümer ihre Fenster nämlich nur alle 48 Jahre aus.

Die Basis der Energiewende ist, weniger Energie zu verbrauchen. Klar ist auch, dass die ambitionierten Klimaschutzziele des Bundes nur über energieeffizientere Gebäude zu erreichen sind: 40 Prozent der Energie werden in Deutschland für Häuser und Wohnungen verbraucht, das meiste davon als Heizwärme. Das Fernziel der Bundesregierung ist, bis 2050 einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand zu haben.

Im Neubau stimmt die Richtung schon. Als Folge schrittweise verschärfter Energieeinspar-

Verordnungen erleben wir einen Wandel weg von der reinen Dämmung hin zu einer ganzheitlichen Energiebilanz der Bauteile eines Hauses. Das schließt den Energiegewinn durch Sonneneinstrahlung wie auch Lüftung und Kühlung ein. Moderne Fenster leisten hierzu einen großen Beitrag. Dagegen stockt die energetische Sanierung der Bestandsgebäude, also des weitaus größeren Sektors. Um hier das angestrebte Klimaschutzziel zu erreichen, muss die so

genannte energetische Sanierungsrate von derzeit jährlich rund 1 Prozent auf mindestens 2 Prozent des gesamten Gebäudebestands verdoppelt werden.

*„Fenster sind eine Schlüsseltechnologie für die Energiewende.“*

Diese Quote erweist sich in absoluten Zahlen als dicker Brocken, beträgt der Bestand doch rund 17,3 Millionen Wohngebäude mit insgesamt rund 39 Millionen Wohneinheiten. Hinzu kommen ca. 1,5 Millionen Nichtwohngebäude, darunter 40 000 Schulen und 48 000 Kindergärten. Das Problem: Drei Viertel aller Wohnungen wurden vor 1978 errichtet und damit zu einer Zeit, in der es noch keine Wärmeschutzverordnung gab. Vor allem öffentliche Bauten stecken im Modernisierungstau. Jedes zweite Gebäude ist dringend sanierungsbedürftig, das gilt besonders für Schulen aus den 1960er und 1970er Jahren.



FOTOLIA/ALTERALTER

**Ein Baustein der Energiewende im Längsschnitt: Fenster mit Dreifach-Wärmedämmglas, heute Stand der Technik. Es hat drei hintereinander liegende Scheiben, zwischen denen sich zwei mit Edelgas gefüllte Zwischenräume befinden. Auf den Glasoberflächen sind dünne Edelmetallbeschichtungen. Geschützt im Scheibenzwischenraum sorgen sie dafür, dass langwellige Wärmestrahlen nach außen zurückgeworfen, kurzwellige Strahlen dagegen in den Raum hineingelassen werden. Bei Dreifach-Wärmedämmglas liegt der Wärmedurchgangskoeffizient (auch Wärmedämmwert oder U-Wert) bei sagenhaften  $0,7 \text{ W/m}^2\text{K}$ . Zum Vergleich: Bei herkömmlicher Einfachverglasung sind es  $5,8 \text{ W/m}^2\text{K}$ .**

Insgesamt sind etwa 320 Millionen Fenster in Deutschland veraltet und verbrauchen unnötig viel Energie. Bis Ende der 1970er Jahre waren überwiegend einfachverglaste, Verbund- und Kastenfenster üblich – mehr als 82 Millionen dieser Fensterdinosaurier sind 40 Jahre später immer noch im Einsatz. Würde der bis Ende der 1970er Jahre errichtete Gebäudebestand komplett auf heutiges Neubauniveau modernisiert, ließen sich 212 Millionen Megawattstunden an Endenergie und 58 Millionen Tonnen an  $\text{CO}_2$ -Emissionen pro Jahr einsparen.

Energetische Gebäudesanierung bringt messbare Resultate, was sich längst nicht von jeder Klimaschutzmaßnahme behaupten lässt. Von 2002 bis 2010 ist der Heizenergieverbrauch für Wohngebäude in Deutschland etwa um ein Fünftel gesunken, von durchschnittlich 161 Kilowattstunden auf 126 Kilowattstunden.

Und auch die finanzielle Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen rechnet sich volkswirtschaftlich, wie die Bilanz des  $\text{CO}_2$ -Gebäudesanierungsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW, zeigt. Im Haushaltsjahr 2009 haben zwei Milliarden Euro an Darlehen und Zuschüssen private Investitionen in Höhe von 18,4 Milliarden Euro ausgelöst. Durch diese Investitionen konnten nach Schätzungen der Bundesregierung rund 290 000 Arbeitsplätze im Mittelstand und Handwerk gesichert oder neu geschaffen werden.

Folgt man einer Studie der Deutschen Bank, wird das Sanieren teurer. Der zufolge legte das Darlehensvolumen je saniertem Quadratmeter zwischen 2005 und 2010 von 180 Euro auf 460 Euro zu. Um die Regierungsziele zu erfüllen, sind also in Zukunft nicht geringere, sondern höhere Investitionen nötig. Es reicht nicht aus, die Mittel des  $\text{CO}_2$ -Gebäudesanierungsprogramms für die Jahre 2012 bis 2014 auf

1,5 Milliarden Euro jährlich zu erhöhen. Um das Energiesparpotenzial der Gebäudesanierung zu heben, sind mittelfristig fünf Milliarden Euro pro Jahr nötig.

Kein Weg vorbei geht an der viel diskutierten steuerlichen Absetzbarkeit von Modernisierungsmaßnahmen. Eigentlich sollte der Fall für jeden Hauseigentümer klar sein: Wer heute saniert, geht kein Risiko ein: Fenster mit Dreifach-Wärmedämmglas setzen sich als Stand der Technik durch, und sie lohnen sich nicht nur in der reinen Energiebilanz. Angenehme Temperaturen auf der Fensteroberfläche erhöhen den Wohnkomfort spürbar. Das steigert den Wert eines Objektes bei Vermietung und Verkauf.

Warum zögern dennoch viele Hauseigentümer? Der Grund ist ein klassisches Dilemma, in dem Mieter und Vermieter feststecken: Die Sanierung hat der Vermieter zu finanzieren, doch von sinkenden Energiekosten profitieren nur die Mieter. Zwar ist eine Mieterhöhung um einen geringen Anteil der Modernisierungskosten rechters, aber kaum in der Breite des Wohnungsmarktes durchsetzbar. Die Investitionskosten als erhöhte Abschreibungen oder als Sonderkosten geltend zu machen, wäre für den Vermieter eine goldene Brücke, über die er gehen kann.

Aus Sicht der Fensterwirtschaft geht es nicht um Konjunkturprogramme. Gebäudesanierung ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe und muss einen festen Platz auf der politischen Agenda einnehmen. Nur wenn die Energiewende an der Basis ansetzt und Politik, Hauseigentümer und Mieter gemeinsam an einem Strang ziehen, sind die Klimaschutzziele erreichbar. Es wäre doch schön, wenn künftig weniger über energetische Kennziffern und wieder mehr über den kulturellen Wert von Fenstern und Fassaden gesprochen werden könnte. ◆



Fenster wie diese 2007 im Südquerhaus des Kölner Doms installierten Schmuckfenster des Künstlers Gerhard Richter (siehe auch unsere Ausstellungsbesprechung, Seite 56) lösten deutschlandweit kontroverse Reaktionen aus. Aber auch sonst ist das Fenster ein Politikum – als Element der Energiewende.

FOTOLIA/E. SCHITTENHELM



**Alfons Schneider** ist Unternehmer und Vorstand der Stiftung Familienunternehmen. Er hatte zunächst den elterlichen Betrieb, die Unternehmensgruppe Schneider in Stimpfach (Hohenlohe), geleitet. Nach deren Verkauf investierte er in verschiedene andere Firmen. Alfons Schneider engagiert sich in Branchenorganisationen und öffentlichen Gremien.

## Chancen in China kennenlernen

Junge Familienunternehmer im Reich der Mitte

Von Alfons Schneider

Das Reich der Mitte boomt. China verbucht Zuwachsraten, von denen andere Volkswirtschaften nur träumen können. Seit 15 Jahren bewegen sich die Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft stabil um eine Marke von über 8 Prozent pro Jahr. Und obwohl es immer wieder kritische und warnende Stimmen gibt, existieren keine ernsthaften Anzeichen dafür, dass sich diese Entwicklung in China in den nächsten Jahren deutlich verlangsamen würde.

Gleichzeitig ist China mit seiner stetig wachsenden Mittelschicht ein Absatzmarkt mit großem Potenzial. Schon heute gehören 200 Millionen bis 300 Millionen Chinesen zur neuen Mittelschicht, eine Zahl, die sich bis 2020 verdoppeln könnte. Noch in diesem Jahr wird China zum zweitgrößten Exportmarkt für deutsche Produkte heranwachsen, nach Frankreich und vor den USA. Vor diesem Hintergrund ist es für junge Unternehmensnachfolger, die über kurz oder lang die Geschicke eines deutschen Familienunternehmens lenken werden, von großer Bedeutung für die Zukunft, sich über dieses Land im Umbruch aus erster Hand zu informieren.

Eine Möglichkeit zum Kennenlernen Chinas bieten Delegationsreisen, wie sie der außen-

politische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Philipp Mißfelder, MdB, seit 2011 in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stiftung Familienunternehmen durchführt. Im Januar 2012 ging die Reise in die Städte Shanghai, Nanjing und Taicang. Einer der Höhepunkte für die jungen Teilnehmer war das Treffen mit dem Vizeminister der Inter-

nationalen Abteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KPC), Li Jinjun, wodurch sie einen sehr direkten Einblick in das politische System der chinesischen Volksrepublik erhielten.

Auch die Herausforderungen für deutsche Unterneh-

men und Stolpersteine im bilateralen Verhältnis wurden offen angesprochen. Dazu gehören eine ausufernde Bürokratie, Rechtsunsicherheit und nicht zuletzt weit verbreitete Produktpiraterie. Wie die Firmen diese Probleme angehen und lösen, zeigten die Besichtigungen deutscher Niederlassungen, darunter ein Besuch bei ACO, dem Weltmarktführer in Entwässerungstechnik in Shanghai, und bei Schaeffler in Taicang. Viele wertvolle Kontakte sind in den wenigen Tagen geknüpft worden, die dazu beitragen werden, das gegenseitige Verständnis zu verbessern. ◆

*Persönliche  
Begegnungen  
mit chinesischen Partnern  
tragen viel dazu bei,  
das gegenseitige  
Verständnis  
zu verbessern.*

# Berlinale-Silber für Deutschland

Die filmische Erinnerung an die DDR war der Jury einen Bären wert

Christian Petzold ist einer von zwei deutschen Preisträgern der 62. Berlinale. Sein Film, das DDR-Drama *Barbara*, bescherte ihm den Silbernen Bären für die Beste Regie. Die Geschichte einer Ärztin, die nach einem abgelehnten Ausreiseantrag Anfang der 1980er versucht, die DDR illegal zu verlassen, erhielt auch vom Publikum viel Beifall. Der HAUPTSTADTBRIEF gratuliert und fragte:

## Was brachte Sie zu dem Entschluss, dieses für Sie doch eher untypische Drama zu drehen?

Als wir 2001 in Stuttgart den Film *Toter Mann* drehten, sah ich eine neue Ausgabe der Novelle *Barbara*, und ich habe sie noch einmal gelesen und auch mit Nina Hoss darüber gesprochen. Kurze Zeit später lernte ich in Bad Saarow einen Arzt kennen, der mir davon berichtete, wie das war, wenn Ärzte in der DDR einen Ausreiseantrag stellten. Da fiel mir die Barbara-Geschichte wieder ein, und ich habe diese beiden Erlebnisse miteinander verbunden – so ist die Idee zu diesem Film entstanden.

## Wie sehr sind Ihre eigenen Erfahrungen und Erinnerungen als Sohn zweier DDR-Auswanderer in das Projekt mit eingeflossen?

Ich fand die DDR für mich als Kind mysteriös, weil wir jeden Sommer in der DDR verbrachten. Ich habe am Verhalten meiner Eltern gemerkt, dass sie wie Gewinner in den Osten fuhren. Mit einem privilegierten Status, den wir im Westen als anonyme Bewohner einer Reihenhaussiedlung nicht hatten. Es hat mich immer sehr beschäftigt, dass die Menschen ihre Heimat und somit auch Teile ihrer Geschichte verlassen hatten und eigentlich dorthin wieder zurückkehren oder gar nicht erst gehen wollten.

## Barbara ist bereits das sechste Projekt mit Nina Hoss. Warum fiel Ihre Wahl erneut auf sie?

Für mich ist es so, dass die Geschichte des Kinos voller Menschen ist, die aus etwas herausgefallen sind und in irgendeiner Form von Exil stecken. Das können Menschen sein, die auf der Flucht sind oder die wieder in die Gesellschaft zurück wollen. Ich finde, dass Nina durch all ihre Filme, die ich von ihr kenne, hindurchgeht wie eine Exilantin durch ein fremdes Land. Und das ist ganz nah an dem, was ich mir von Kinofiguren wünsche und selber gerne sehe.



Sein erster Bär: Christian Petzold mit der silbernen Trophäe.

Sie sagten über das Motiv Ihres Films: „Vielleicht kann der Film die Botschaft vermitteln: Lasst uns nicht aufarbeiten, lasst uns erzählen. Dass man die DDR nicht als eine Aufgabe betrachtet, die es zu erledigen gilt.“

Das liegt daran, dass wir Deutsche manchmal ein ordnungsliebendes Kleinbürgerland sind. Wir wollen immer alles, was passiert ist, am liebsten durch einen großen Roman oder einen großen Monumentalfilm abhandeln. So war die DDR, so der Nationalsozialismus, so waren die 70er Jahre. Doch ich finde, die Welt ist einfach groß und kompliziert und sie verlangt nicht nach großen Romanen, sondern nach vielen kleinen Novellen und Geschichten, nach Splittern. Wir haben uns in der Vorbereitung andere Filme als *Das Leben der Anderen* oder *Good Bye, Lenin!* angesehen, denn ich wollte nicht zu dem bisherigen Bild der DDR, das es im Westen gibt, einen weiteren Film hinzufügen, sondern ich wollte den ganzen Komplex mal anders betrachten. Denn ich finde, die Geschichte muss viel zersplitterter, viel überraschender und dadurch auch für einen selbst erfahrbarer sein.

Interview: Christina Oberstein



# 1. Wahl fürs Business.

Ganz entspannt  
z.B. täglich  
nach Düsseldorf,  
München und Stuttgart.



[airberlin.com](http://airberlin.com)  
Your Airline.

# Auferstanden aus Ruinen und der Hauptstadt zugewandt

Die Wiedergeburt Berlins als Modezentrum macht staunen. Allein zur *Fashion Week* zieht es 240 000 Fachbesucher in die Metropole

Von Christina Oberstein

*Berlin Fashion Week*: Eine Stadt steht Kopf. Modeinteressierte, Einkäufer, Fachbesucher und Medienvertreter aus aller Welt machen Berlin zum Mittelpunkt der internationalen Modesezene. Die Hauptstadt wird zur Handels- und Kontaktplattform für die neuesten Modetrends. Rund um die drei Grundsäulen der *Fashion Week*, Streetwear, Premium-Stile und Haute Couture, findet an fünf Tagen jeweils im Januar und Juli ein facettenreiches Spektakel statt. Damit steht die Hauptstadt in Deutschland einzigartig und auch im historischen Vergleich so gut wie schon lange nicht mehr da.

Bis in die 1920er und 1930er Jahre hatte sich Berlin als das führende Modezentrum Europas behaupten können. Diese Führung ging nach dem Krieg verloren. Während Paris und London ihre Kreativwirtschaft stetig ausbauten, verlor Deutschland sein Zentrum und büßte seine Führung in Modedingen ein. Das Geschehen verlagerte sich als Folge der isolierten Lage Berlins nach Düsseldorf. Nur Ost-Berlin blieb das Modezentrum der DDR.



## Höhepunkte der *Fashion Week*

Die Partys sind alternativer als in Paris, das Publikum ist bunter als in London, die Namen sind vielseitiger als in New York und das Angebot ist größer als in Mailand. Die *Fashion Week Berlin* hat sich in nur einem Jahr fünf ganz nach oben in die Top 5 der Modeevents katapultiert. Mit weltweit beachteten Messen, rund 70 Modenschauen international geachteter Designer und unzähligen Nebenveranstaltungen, Partys und Events, ist die Veranstaltung nun ein fester Termin in den Kalendern der Wichtigen und der Schönen der Mode, der Trendsetter und der Geschäftemacher. Würde der Teufel noch Prada tragen – sie wäre hier.



### Bread & Butter Berlin

Schlicht wie ein Brot mit Butter ist diese Messe rund um Freizeitkleidung schon lange nicht mehr. Hier gilt das Motto „Sehen und gesehen werden“, am besten durch ausgefallene Präsentation der eigenen Kollektion. Statt eines Butterbrots gibt es hier Pasta mit Schuhen.



### Mercedes-Benz Fashion Week

Neben New York, London, Mailand und Paris schlägt *Fashion-Week*-Sponsor Mercedes-Benz auch in Berlin sein Zelt auf. Die rund 50 Modenschauen, hier ein Model von Escada Sports, finden direkt neben dem Brandenburger Tor statt und zeigen etablierte deutsche Modemarken.

Nach dem Fall der Mauer, begünstigt durch Standortfaktoren wie geringe Miet- und Lebensunterhaltskosten, zog es eine neue Generation junger Kreativer in die Hauptstadt. Mit den Jahren entwickelten sich aus den typisch Berliner Subkulturen professionelle Strukturen mit Durchsetzungskraft und Marktorientierung. Dabei hat das Land Berlin seit 2005 gerade mal eine Million Euro je Jahr in die Förderung der Modebranche gesteckt – ein Klacks im Vergleich zu dem, was sich sonst an Arbeitsmarktförderungsmaßnahmen in der Hartz-IV-Hauptstadt aus der Subventionskanne ergießt.

Zwar steckt die finanzielle Unterstützung für Newcomer und Start-ups in den Kinderschuhen, dennoch legte die Stadt 2009 mit ihrer Entscheidung, den Veranstaltern der Modemesse *Bread & Butter* das alte Gelände des Flughafens Tempelhof zweimal jährlich zu vermieten, einen entscheidenden Grundstein. Neben der exklusiveren Messe *Premium* repräsentiert die *Bread & Butter* den alternativen Stil der Hauptstadt.

Und dieser Stil etabliert sich gerade in der Modewelt als eigene Größe. Das Vereinbaren von Spaß mit dem Geschäftlichen macht Berlin zum führenden Modemessestandort

Deutschlands. Es ist ein Konzept, das Besucher aus Europa und Übersee anlockt. So kam etwa der Präsident der kanadischen Jeansfirma Silver Jeans CO, Michael Silver, extra für die *Berlin Fashion Week* nach Deutschland: „Die *Fashion Week* macht Berlin zu einem international wichtigen Treffpunkt für den globalen Geschäftsbetrieb. Die Stadt hat großes Potenzial auf Grund ihres Charakters. Düsseldorf steht für das rein Geschäftliche. Aber nach Berlin komme ich gerne.“

Düsseldorf wird er sich künftig ganz sparen können. Am 6. Februar dieses Jahres fiel für die 60 Jahre alte Fachmesse der letzte Vorhang. Die einst weltweit größte Modefachmesse *Collections Premieren Düsseldorf* (CPD), die während ihrer Glanzzeit mehr als 2700 Ausstellern eine Handelsplattform bot, verlor durch die immer größer werdende Anzahl an Showrooms der Modemarken und die Konkurrenz Berlins ihre Aussteller. Zum Schluss kam die CPD auf gerade mal etwa 350 Aussteller.

„Berlin hat sich als eine der wichtigsten Modemetropolen der Welt etabliert“, stellt Karl-Heinz Müller, Geschäftsführer der *Bread & Butter GmbH & Co. KG*, fest. So schwärmte das *Time Magazine*



### Premium International Fashion Show

In den Hallen des ehemaligen Postgüterbahnhofs am Gleisdreieck präsentieren sich überwiegend eingeführte Damen- und Herrenmodehersteller wie die Jeansmarke *Silver Jeans*. Ein Viertel der Aussteller dieser zweitgrößten Einzelmesse ist jedoch stets zum ersten Mal dabei.



### Food Fashion – Mode zum Anbeißen

Am Rande der Messe präsentierten Künstler ihre Idee von Mode wie der Fotograf Helge Kirchberger. Gemeinsam mit dem Koch Roland Trettl inszenierte er im Museum für Kommunikation Haute Couture zum Anbeißen – ein Fotoprojekt, das Mode zu „Food Fashion“ machte.



### Green Showroom

Grüne Mode ist keineswegs bieder. Das zeigt die „Eco Fashion“ im *Green Showroom* des Hotels Adlon mit ökologisch und sozialverträglich gefertigter Mode. Diese Veranstaltungen bieten Modelabels eine Plattform, die Nachhaltigkeit ins Zentrum ihrer Arbeit stellen.

von „der neuen Hauptstadt kreativer Inspiration“ und titelte „Forget Paris and London“. Berlin gehört neben New York, London, Paris und Mailand wieder zur Riege der Top Fünf. Mit ihrem frühen Termin im Januar sichert sich die Hauptstadt die Poleposition und setzt sich sogar noch vor die im Februar stattfindende *Mercedes-Benz Fashion Week* in New York.

Seit ihren Anfängen 2008 mit gerade mal zehn Modeschauen, hat die *Berlin Fashion Week* mittlerweile zehn Einzelmessen, 20 Showrooms und über 120 Veranstaltungen, davon 70 Modenschauen. Der Tourismusverband meldet über 200 000 zusätzliche Übernachtungsgäste im Zeitraum der *Fashion Week* vom Januar 2012. Mit rund 800 Nachwuchsdesignern und neun Modeschulen hat Berlin den größten Zuwachs an jungen Talenten in Europa. Auch die Veranstalter der Einzelmessen schwärmen von Spitzenergebnissen. „Wir haben die Zahlen der vergangenen Saison noch getoppt. Die Besucherfrequenz war enorm und alle relevanten nationalen und internationalen Einkäufer waren da“, erklärt Norbert Tillmann, Inhaber und Geschäftsführer der Modemesse *Premium*. Diese Einkäufer sorgen während der fünf *Fashion-Week*-Tage für eine zusätzliche Wirtschaftsleistung von

120 Millionen Euro. Auch die *Bread & Butter* berichtet von einer Steigerung der Besucherzahl und plant eine Erweiterung ihrer bisher 75 000 qm großen Ausstellungsfläche.

Die Investitionsbank Berlin (IBB) veröffentlicht in ihrem Newsletter *Berlin aktuell* Zahlen vom Juli 2011, denen zufolge etwa 3 700 Modeunternehmen mit mehr als 11 500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin angesiedelt sind. Lag der jährliche Umsatz der Modeunternehmen 2008 noch bei 1,6 Milliarden Euro, prognostiziert die IBB für 2012 einen Umsatz über der Zwei-Milliarden-Euro-Marke. Berlin als Modehauptstadt hat seine Grenzen noch nicht erreicht. Schon bei der nächsten *Fashion Week* vom 3. bis 7. Juli 2012 wird sich zeigen, welches Potential noch in ihr steckt. ◆

*Christina Oberstein, Abiturientin aus Jesteburg, ist Praktikantin in Berlin. Für den HAUPTSTADTBRIEF hat sie hinter der Glamourfassade der Modenschauen harte Fakten und überzeugende Zahlen eines blühenden Business' entdeckt.*



**Junge Designer – der Nachwuchs**  
Die Berliner Jungdesignerin Alexandra Kiesel gewann den Nachwuchspreis *Designer for Tomorrow* by Peek & Cloppenburg Düsseldorf und durfte, unterstützt von Louis-Vuitton-Designer Marc Jacobs, ihre Modelle (eines im Bild) auf der *Mercedes-Benz Fashion Week* zeigen.



**Partymode – Modepartys**  
Ein wichtiger Faktor, der Berlin als Messeort so beliebt macht, ist das Nachtleben. Gern veranstalten Marken, Veranstalter und Messen für ihre Partner Partys in angesagten Clubs wie dem Cookies. Sehr beliebt auch die Party der *Bread & Butter* mit 15 000 Gästen (Foto).

**Showroom Days**  
Die Grundidee der *Showroom Days* besteht darin, an 40 verschiedenen Orten, offen für jedermann, Mode zu zeigen und neue Zielgruppen für die Produkte der Berliner Modelabels zu erschließen. Berlin Partner liefert die passende App dazu: *iBerlin* mit den „places to be“.

# Ich bin ein Berliner



Die historienreiche Hauptstadt und das Hotel Adlon Kempinski faszinieren und interessieren...  
Werden Sie Teil einer einzigartigen Zeitreise und genießen Sie Berlin nicht nur von A bis Z  
– Erleben Sie auch das Gestern und Heute mit unserem “Ich bin ein Berliner”-Package...

  
Hotel Adlon  
Kempinski  
BERLIN

*Kempinski*

reservation.adlon@kempinski.com • +49 30 2261 1111 • [www.kempinski.com/berlinadlon](http://www.kempinski.com/berlinadlon)

John F. Kennedy, Willy Brandt und Konrad Adenauer am Brandenburger Tor, Berlin, 26. Juni 1963 Credit: Wikipedia  
(das Originalbild ist zu sehen im Museum THE KENNEDYS)



Anna Maria Mühle

## „Sein Interesse gilt den Menschen“

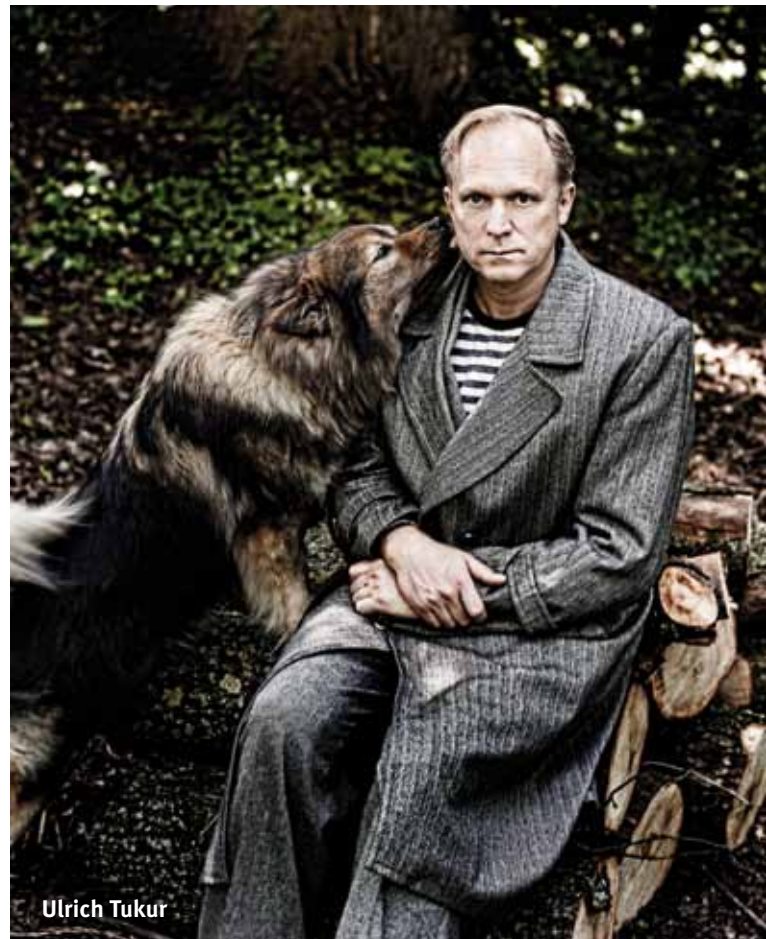
Fotos von Jim Rakete zeigen Deutschlands Kinohelden. Frank-Walter Steinmeier sagt, warum sie im Willy-Brandt-Haus hängen

Jim Rakete ist kein Fotograf von Politikern, aber er ist ein sehr politischer Fotograf – das wissen alle, die nächstelang mit ihm gestritten und diskutiert haben. Vor allem ist er – auch wenn er es nicht so gern hört – ein ganz Großer. Er fotografiert Stars, aber hasst den Starkult, will es vor allem um Himmels Willen selbst nicht sein. Verehrung macht ihn skeptisch, Schleimerei ist ihm zuwider.

Seine Portraits sind einzigartig. Wer nach Vorbildern und kunstgeschichtlicher Tradition sucht, wird am ehesten auf Irving Penn, vor allem aber August Sander stoßen. „Einmal im Leben“ – das sprach aus den Bildern von August Sander – der neueste Anzug, die sauberste Schürze, das feierlichste Gesicht auf jeder Fotografie. Aus heutiger Sicht sind wunderbare, manchmal befremdliche Dokumente einer Selbstinsze-



Moritz Bleibtreu



Ulrich Tukur

ALLE BILDER: JIM RAKETE/DEUTSCHES FILMUNDSEHMUSEUM

nierung entstanden. Vergessen wir nicht, das war künstlerischer Beitrag zur Demokratisierung einer Gesellschaft, in der es bis dahin nur gemalte Portraits von Wohlhabenden gab.

Caroline Link



Ich sehe Jim Rakete in dieser demokratischen Tradition von Kunst, und doch sind die Fotos ganz anders. Es ist die Ausstellung von Fotografien, die für das deutsche Filmmuseum in den Jahren von 2009 bis 2011 entstanden sind; faszinierende Portraits – wie gewohnt – aber erstmals fotografiert in Farbe und digital. Aber

es geht nichts verloren, was Sie an Raketes Kunst schätzen. Seine Handschrift bleibt die, die Sie aus seinem großen, umfassenden Werk von Schwarz-Weiß-Portraits kennen. Sein Interesse gilt dem Menschen. Schlicht und einfach sollen seine Bilder sein; möglichst wenig inszeniert. Es ist die Suche nach dem Authentischen, das die Bilder so einzigartig macht – ein ganzes Panorama deutscher Schauspieler, Regisseure und Produzenten.

Auch wenn wir uns lange kennen und mögen, unser Alltag ist ganz verschieden. Was uns eint, ist, dass wir beide unsere Vinyl-Platten wieder aus dem Keller geholt haben,



Martina Gedeck

weil uns die digitale Perfektion gelegentlich schreckt. Wenn das konservativ ist, dann bist Du auch ein konservativer Fotograf.

Ein Fotograf, bei dem jeder Foto-Shop pleite macht, weil er Schönungen wie sie in der digitalen Welt üblich sind, konsequent ablehnt. Und darauf lassen sich nicht alle, aber ganz viele ein. Die Menschen fühlen sich ernst genommen von Dir. Sie haben keine Angst vor Dir und den Ergebnissen fotografischer Begegnungen. Keine Angst, weil sie sich von Dir nicht hinters Licht geführt fühlen, nicht mal hinters Blitzlicht! Du fühlst mit Deinen Kunden! „Compassion“ hätte Willy Brandt das genannt: Mitgefühl. Und das genau brauchen wir – in der Politik wie in der Fotografie.



*Auszug aus der Rede von Dr. Frank-Walter Steinmeier zur Eröffnung der Fotoausstellung „Jim Rakete – Stand der Dinge. 100 Porträts für das Deutsche Filmmuseum“ am 13. Februar 2012. Zu sehen sind die Rakete-Fotos bis 25. März 2012 im Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, Di bis So 12-18 Uhr. Eintritt frei, Personalausweis erforderlich. [www.willy-brandt-haus.de](http://www.willy-brandt-haus.de)*

Wim Wenders



**Dr. Peter Funken** ist Kunstjournalist, Ausstellungsmacher und Zeichner. Er lebt seit 1984 in Berlin, schreibt u. a. für *Kunstforum International* und die spanische Zeitschrift *ARTES* und kuratierte Ausstellungen wie *MaschinenMenschen*, *Flecken in Geschichte und Gegenwart*, *Faktor Arbeit* und *Hannah Arendt Denkraum*.

## Gerhard Richters Panorama des Lebens

Zu seinem 80. Geburtstag gratuliert Berlin dem teuersten Künstler Deutschlands mit einer Retrospektive in der Neuen und Alten Nationalgalerie

Von Dr. Peter Funken

In jeder Liste bedeutender zeitgenössischer Künstler erscheint er ganz vorne: Gerhard Richter gehört seit Jahren zu den unumstrittenen Stars der internationalen Kunstszene, seine Arbeiten erzielen regelmäßig bei Auktionen Höchstpreise. Richter ist ein Phänomen – mit nunmehr 80 Jahren arbeitet er mit ungebrochener Schaffenskraft, stellt weltweit aus und zeigt nun anlässlich seines runden Geburtstages eine große Werkschau unter dem Titel PANORAMA in zwei Museen der Hauptstadt.

Seine letzte große Präsentation fand in Berlin vor 25 Jahren statt. Seitdem ist sein Werk um zahlreiche Serien großformatiger Abstraktionen wie auch realistischer Darstellungen gewachsen.

Eines seiner Stilleben – eine brennende Kerze als Motiv für die Vergänglichkeit – wurde im November 2011 bei Christie's in London versteigert und brachte die unerhörte Summe von 10 457 250 GBP. Der Meister kommentierte diese

Preisentwicklung mit dem Satz: „Das ist genauso absurd wie die Bankenkrise – unverständlich, albern, unangenehm.“ Tatsächlich ist die Rekordsumme von umgerechnet zwölf Millionen Euro so etwas wie ein Inflationsindikator und zeigt an, dass sich ein Teil der Gesellschaft vom herkömmlichen Marktgeschehen verabschiedet hat. Für normale Marktteilnehmer, und seien es renommierte Institutionen wie die Berliner Nationalgalerie oder die Kunsthalle Hamburg, liegt der Erwerb einer Richter-

Kerze außerhalb jeder Vorstellung.

Die Berliner Ausstellung gibt mit 150 Werken einen umfangreichen Einblick in das Schaffen des Künstlers, beginnend mit dem Frühwerk seit den 1960er Jahren. Richter, 1932 in Dresden geboren, übersiedelte nach der Ausbildung zum Bühnenmaler und dem Besuch der Dresdener Kunstakademie 1961, vor der Teilung Deutschlands, nach



Das Abbild der Vergänglichkeit, hoch gehandelt: Fotorealistische Malerei Richters – wie seine „Kerze“ von 1982 – erzielt auf Auktionen regelmäßig Rekordsummen.

MUSEUM FRIEDER BURDA, BADEN-BADEN © GERHARD RICHTER, 2012



Düsseldorf und studierte dort an der Akademie. Er lernte Joseph Beuys kennen und entwickelte zusammen mit Konrad Lueg das Konzept des „Kapitalistischen Realismus“ als deutsche Version der Pop Art. In dieser Zeit begann er in einer Schwarz-Weiß-Technik Zeitungs- und Albumfotos malerisch im großen Format zu reproduzieren.

Richters Interesse an der visuellen Kultur im Medienzeitalter fand Ausdruck in seinem komplexen

„Atlas der Fotos, Collagen und Skizzen“, den er seit Beginn der 1960er Jahre bis heute kontinuierlich komplettierte. Bei diesem modernen Bildspeicher handelt es sich um ein schier unüberschaubares, doch wohl geordnetes Sammelsurium von Fotodokumenten, die ihm auch als Vorlagen für seine Malerei dienten: Einzelfiguren, Städte, KZs, Hitler, Wolken, berühmte Männer, Pornographie, Landschaften, Werbung und vieles mehr finden sich in diesem Bildarchiv, das – bis auf die Aus-



Große Formate malte er immer – hier Gerhard Richters Seestück („See-See“) von 1970.

STÄDTISCHE MUSEEN ZU BERLIN, NATIONALGALERIE © GERHARD RICHTER, 2012

nahmen von KZ- und RAF-Fotos – eher Banales und Austauschbares in den Vordergrund rückt.

Richters Interesse galt und gilt nicht allein der Malerei, sondern vorrangig dem Bild als kulturellem Standard im Medienzeitalter. Seine ästhetische Produktion ist eine Kunst jenseits traditioneller Malereiansätze – man kann sie deshalb als Konzeptkunst mit malerischen Mitteln begreifen. Hierin unterscheidet sich Richter von anderen berühmten deutschen Malern wie etwa Georg Baselitz oder Anselm Kiefer. Richter äußerte: „Ich

suche nach dem Gegenstand und dem Bild, nicht nach der Malerei oder dem Bild der Malerei, sondern nach unserem Bild, unserem Aussehen und Ansehen und unserer Ansicht, verbindlich und total. ... Ich will mir ein Bild machen von dem, was nun los ist. Die Malerei kann dabei helfen.“

Richters Malerei war nie auf eine einzige Darstellungsform, geschweige denn auf einen Stil festgelegt. Er experimentierte in allen möglichen Bereichen – malte fotorealistisch und gestisch abstrakt, stellte monochrom graue Tafeln her, hängte große Spiegel als absolute Bildgegenstände an die Wand, entwarf Skulpturen aus Glas oder malte Lackmusterkarten in Übergröße exakt ab. Allen zu malenden Gegenständen gegenüber behauptet Richter eine ihm eigene Indifferenz und Interesselosigkeit, dies vielleicht als persönliche Form der Unabhängigkeit. Im Zusammenhang mit den seit den frühen 1980er Jahren entstehenden starkfarbigen Abstraktionen verwendete er Begriffe wie Willkür und Absichtslosigkeit und sagte, er sei bei deren Herstellung eher Medium denn Akteur.



Die junge Frau ist Gerhard Richters Tochter, er malte sie mehrmals: „Betty“, 1977.

MUSEUM LUDWIG, KÖLN/PRIVATSAMMLUNG © GERHARD RICHTER, 2012

Eine öffentliche Debatte löste Richter 1988 aus, als er seinen Bilderzyklus „18. Oktober 1977“ ausstellte, in dem er sich mit den Ereignissen des so genannten Deutschen Herbst befasste, als man Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe tot in ihren Zellen in Stuttgart-Stammheim

fand: „Es geht doch auch darum, dass wir so eine Geschichte nicht einfach vergessen können wie Müll, sondern versuchen müssen, anders damit umzugehen – angemessen“, formulierte der Künstler, der mit der 15-teiligen Serie grauer Ölbilder gegen das Verdrängen argumentiert. Der

wichtige Zyklus, der heute zum Bestand des New Yorker MoMA zählt, ist nicht in der Neuen, sondern in der Alten Nationalgalerie zu sehen. Mit dieser kuratorischen Entscheidung wird die Serie zwar von den anderen Werken isoliert, aber als politisches Kunstwerk und aufgrund ihrer gesellschaftlichen Bedeutung hervorgehoben.

In Berlin realisiert Gerhard Richter erstmals auch die Installation „4900 Farben“, eine geometrisch-aleatorische Arbeit aus zahlreichen Einzelbildern, die die gesamte Ausstellung in der Neuen Nationalgalerie umrahmen wird. Ein schönes Selbstgeschenk zur Geburtstagsretrospektive. ◆



Gerhard Richter: Panorama. Ausstellung in der Neuen Nationalgalerie. Bis 13. Mai 2012. Potsdamer Straße 50, 10785 Berlin. Geöffnet Di bis So 10-18 Uhr (Do bis 22 Uhr), Mo geschlossen. Eintritt €8, ermäßigt €4. [www.neue-nationalgalerie.de](http://www.neue-nationalgalerie.de) Richters Zyklus 18. Oktober 1977 ist während der Ausstellungsdauer in der Alten Nationalgalerie, Bodestraße 1-3, 10178 Berlin (auf der Museumsinsel Berlin) zu sehen. Es gelten gleiche Öffnungszeiten und Eintrittspreise wie in der Neuen Nationalgalerie.

# BELLES ETAGES

## *Jägerstraße 48*

AM GENDARMENMARKT



WELTSTADTWOHNEN, NEU DEFINIERT.

IHRE EXKLUSIVE EIGENTUMSWOHNUNG  
IN DER MITTE BERLINS.

ZIEHEN SIE EIN IN EIN STADTPALAIS DES 21. JAHRHUNDERTS. IN EIN APART-  
MENT, SO NOBEL WIE IHR GESCHMACK. IN EINE ADRESSE, SO BEVORZUGT  
WIE REPRÄSENTATIV. GENIESSEN SIE IHRE EIGENE BELLE EPOQUE.

INFORMATIONEN ERHALTEN SIE UNTER

**030 - 88 09 43 33**

[WWW.BELLES-ETAGES.DE](http://WWW.BELLES-ETAGES.DE)

 **GROTH GRUPPE**



**Irena Nalepa** ist in der Kunstvermittlung und im Kunsthandel tätig. Sie war von 1984 bis 2010 Galeristin in Berlin. Für den HAUPTSTADTBRIEF hat sie sich im Hamburger Bahnhof von den Installationen und der Inszenierung des japanischen Künstlers Ryoji Ikeda beeindruckt lassen.

## Abenteuerreise in eine digitale Welt

„Ryoji Ikeda. db“, die erste Deutschland-Ausstellung des Japaners und extra für den Hamburger Bahnhof eingerichtet, ist vierdimensional, begehbar und interaktiv

Von Irena Nalepa

Die spektakuläre Licht- und Klanginszenierung des japanischen Künstlers und Komponisten Ryoji Ikeda reagiert mit akustischen Signalen auf jeden Besucher, der in ihr Reich eintritt. Die Ausstellung ist eine begeh- und erlebbare Komposition, in der Raum und Zeit, Schallwellen und Lichtstrahlen visualisiert werden. Aus manchem Beobachter wird schnell ein spielerischer Akteur. Der Weg durch das Licht, durch Zeit und Raum verunsichert erst und schärft bald alle Sinne.

Der Titel db ist nicht nur die Abkürzung für die akustische Maßeinheit Dezibel, die für die Stärkemessung eines Schallereignisses verwendet wird. Sie steht auch für die raumübergreifende Arbeitsweise des Künstlers, die sich in Gegensatzpaaren wie schwarzer und weißer Raum, Positiv- und Negativ-Spiegelungen ausdrückt. Je ein großer quadratischer Raumteiler vor den beiden Ausstellungsräumen dokumentiert das. Ein Denkmal-Impuls mit 48 horizontal verlaufenden Wortpaaren und den Anfangsbuchstaben d und b:  
dark – bright,  
disorder – balance,  
do – be.

Eine spielerisch nachdenkliche Einstimmung für den Besucher, noch bevor er in die weißen

und schwarzen Raumsphären eintaucht – um dann mit allen Sinnen Neuland zu betreten.

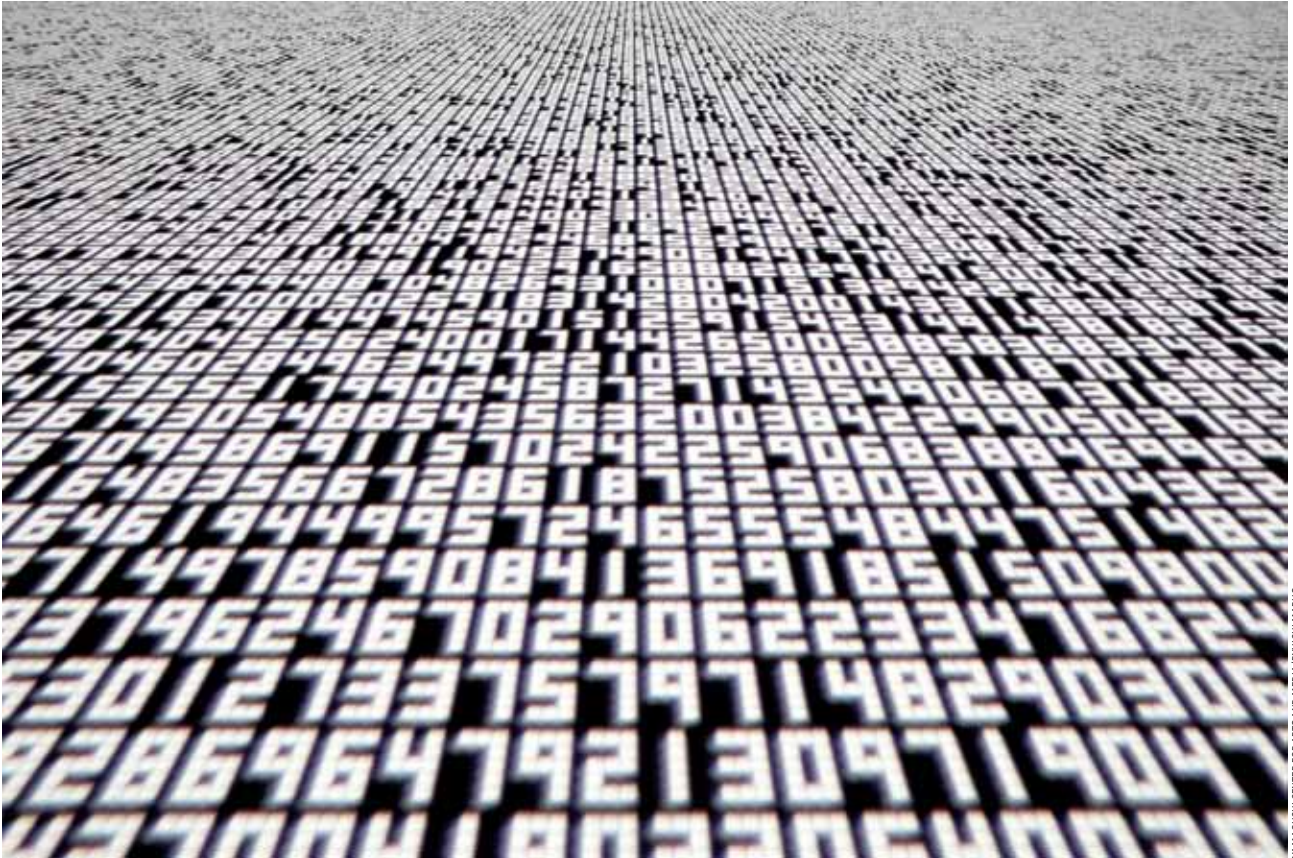
Mit db gelingt es Ikeda, die symmetrisch gegenüberliegenden Räume im Obergeschoss des Hamburger Bahnhofes miteinander zu verbinden und komplementär wirken zu lassen: Im Westflügel mit einem gleißend weißen Raum und im Ostflügel mit dem tief schwarzen Raum. Seine auf Augen und Ohren zielenden Kompositionen mit Licht und Klang in Verbindung mit einem Zahlenuniversum zeigen die Anmut mathematischer Unendlichkeiten und stellen ein

*Schwarz kann  
unendlich schwarz sein  
und Weiß so weiß,  
dass es wehtut.*

„Raumgefühl her, das den Begeher-Hörer-Betrachter gleichzeitig stützen lässt und staunen macht.

In der absoluten Dunkelheit des schwarzen

Raumes wirft ein Xenon-Scheinwerfer riesigen Ausmaßes, wie er sonst in Fußballstadien Einsatz findet, einen gebündelten Lichtstrahl aus reinem weißem Licht mitten durch den Raum, der am Raumende zunächst als gleißender Lichtkreis wahrgenommen wird. Auch hier besteht zunächst eine Irritation der Sinneswahrnehmung, denn der Lichtstrahl wird durch ein Loch in der Wand von dem schwarzen Raum in den dahinterliegenden komplett weißen Raum geleitet.



YAMAGUCHI CENTER FOR ARTS AND MEDIA / RYOJI IKEDA

**Ryoji Ikedas Vorliebe zur Mathematik und Zahlentheorie zeigt sich deutlich in seinen digitalen Inszenierungen, hier: data.tron, 2007. Audiovisuelle Installation.**

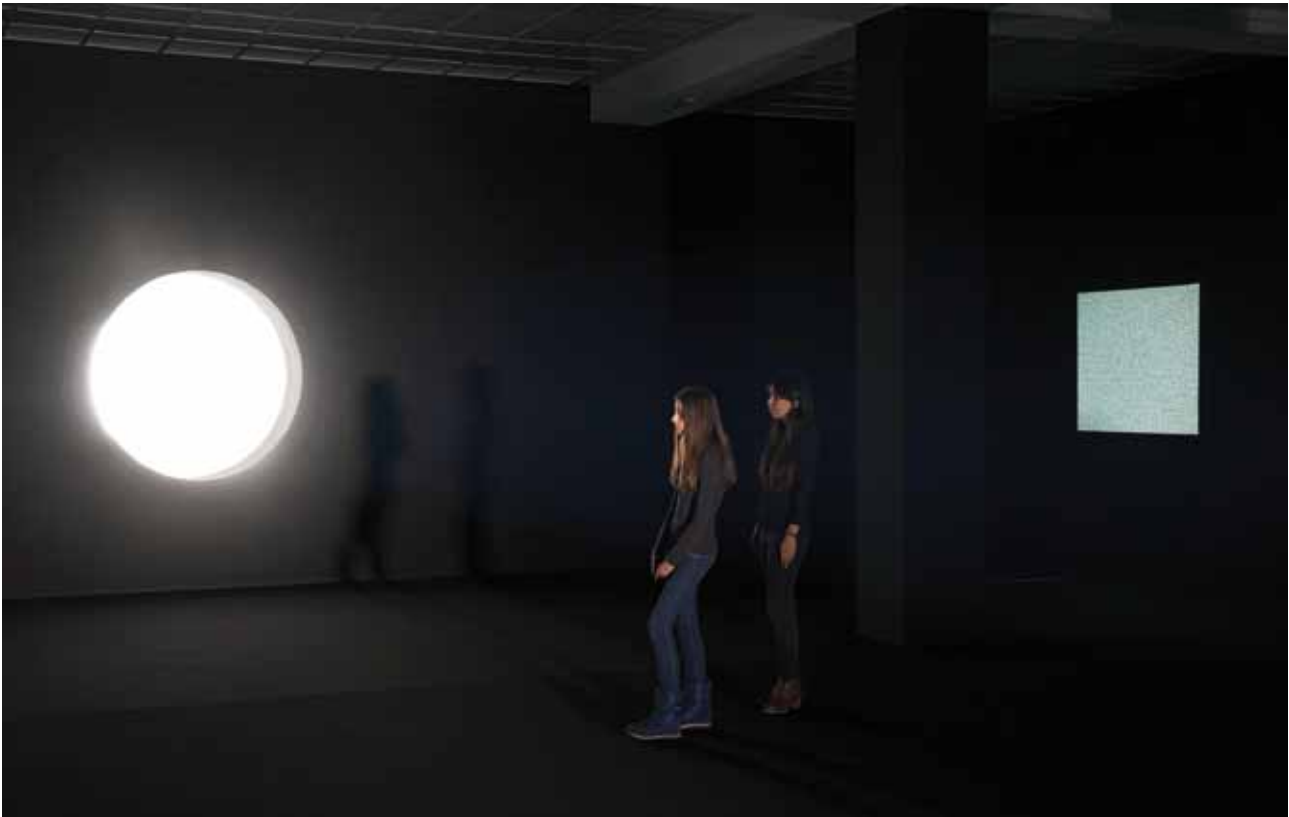
Synchron inszeniert, wie auch im weißen Raum, verändert jede Bewegung des Besuchers beim Eintauchen in den Lichtstrahl dessen Teilchenstreuung im Raum und es entstehen Schattenspiele, die Kunstfiguren erzeugen. Hier finden sich an den beiden Raumlängsseiten jeweils fünf helle quadratische Videoprojektionen mit schnellen digitalen Zahlenfolgen. Mit einer für das Betrachterauge kaum nachzuvollziehenden Geschwindigkeit wird hier die mathematische Delikatesse der transzendenten Zahl in rasender Abfolge unendlich berechnet, plötzlich angehalten und immer wieder, von zarten Klanggeräuschen begleitet, neu gestartet.

Beim Betreten des weißen Raums wird der Besucher freundlich gebeten, sein Schuhwerk mit weißen Überziehern zu versehen, um keine Spuren zu hinterlassen. Das Eintreten in das ungewöhnlich gleißende Licht schmerzt und verstört zunächst, aber nach einer Weile tut das Weiß nicht mehr weh. Den Raum beherrscht ein

monumentaler schwarzer Parabol-Lautsprecher am Ende des Raumes, der unüberhörbar den Klang einer Sinuswelle verbreitet. Je nach Besucheranzahl verändert sich der Klangstrahl und somit die eigene Wahrnehmung. Dabei entstehen leise Dopplereffekte, wie wir sie von der Sirene eines Notrufwagens kennen.

An den beiden Längsseiten des Raumes sind jeweils fünf tiefschwarze Bildquadrate platziert, die je nach Abstand des Betrachters entweder in die Wand eingelassen wirken oder vor der Wand zu schweben scheinen. Der erste Eindruck dieser monochromen schwarzen Malerei entpuppt sich als aufwendiger Pigmentdruck, in dem über eine Million Zahlenreihen übereinander geschichtet sind. Hier ist es eine weitere mathematische Spezialität, irrationale Zahlen, die sich unendlich ausdehnen und kein wiederkehrendes Muster bilden.

Ryoji Ikedas Vorliebe zur mathematischen Philosophie und zu physikalischen Phänome-



FREUNDE GUTER MUSIK BERLIN/UMEWALTER

**In der Dunkelheit wirft ein Xenon-Scheinwerfer einen gebündelten Lichtstrahl durch den Raum. Rechts an der Wand eine Videoprojektion mit schnellen digitalen Zahlenfolgen.**

nen, auch in der Auseinandersetzung mit dem Harvard-Zahlentheoretiker Benedict Gross, zeigt sich deutlich in seinen Inszenierungen mit ihrer strengen musikalischen Regelmäßigkeit analog zur Mathematik. Der Künstler und Komponist, 1966 in Gifu, Japan, geboren, lebt in Paris und gehört seit den 1990er Jahren zu der internationalen Avantgarde im Bereich visueller, akustischer und elektronischer Installationen. Ikeda reduziert auch im Hamburger Bahnhof seine Licht- und Klanginstallationen auf eine Minimalstruktur, die den Blick auf das große Ganze erlaubt.

Was sind Licht, Raum und Zeit, Schwarz oder Weiß, Klang oder Stille? Es sind in jedem Fall neue sinnliche Erfahrungen, die der einzelne Besucher in der Ausstellung machen kann, deren Begehung schnell zu einem Ausflug zu sich selbst verleitet. Überraschende Eindrücke und verblüffende Anregungen durch Ryoji Ikeda sind sicher; denn mit seinen minimalistischen Mitteln gelingt ihm die Schaffung einer Kunstwelt digitaler Ästhetik zwischen den Grenzen und den Übergängen von

Kunst und Wissenschaft. Als Ergebnis bleibt ein Moment nachhaltig nüchterner Verzauberung.

In einem Gespräch mit Akira Asada, Kunstkritiker, Kurator und Dekan an der Kyoto University of Art and Design, bringt Ryoji Ikeda seine Haltung auf den Punkt: „Da ich im Grunde genommen immer noch Musiker bin, gibt es irgendwo in meiner Seele die Überzeugung, dass nichts unsinniger sein könnte, als über Mozarts Melodien zu schreiben. Man hört sich die Musik einfach nur an. Das genügt. Ich wäre sehr dankbar, wenn meine Betrachter meine Werke in der gleichen Weise ansehen würden.“ ◆



Ryoji Ikeda: db. Ausstellung im Hamburger Bahnhof. Bis 9. April 2012. Invalidenstraße 50/51, 10557 Berlin. Geöffnet Di bis Fr 10-18 Uhr, Sa 11-20 Uhr, So 11-18 Uhr, Mo geschlossen. Eintritt €12, ermäßigt €6. [www.hamburgerbahnhof.de](http://www.hamburgerbahnhof.de)

Die Ausstellung db von Ryoji Ikeda findet im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Musikwerke bildender Künstler“ statt, ausgerichtet seit 1990 von „Freunde Guter Musik Berlin“ in Zusammenarbeit mit der Nationalgalerie und seit 2002 auch mit dem Festival „MaerzMusik“ der Berliner Festspiele.

EINE KRONE IST LEDIGLICH EIN HUT,  
IN DEN ES HINEINREGNET *Friedrich der Große*



*Friedrich der Große (1712–1786)*  
Visionär lenkte der legendäre Preußenkönig nicht nur seinen Staat, sondern auch seine KÖNIGLICHE PORZELLAN-MANUFAKTUR mit dem Anspruch, das großartigste Porzellan der Welt herzustellen. Ein glanzvolles Erbe, das bis heute und in Zukunft genussreiche Momente beschert. Zu seinem 300. Geburtstag möchten wir das mit Ihnen zelebrieren – am Originalstandort in Berlin: dem KPM QUARTIER.

KÖNIGLICHE  
PORZELLAN-MANUFAKTUR  
BERLIN

KPM QUARTIER

KPM WELT | MANUFAKTUR VERKAUFGALERIE | MANUFAKTUR WERKSVERKAUF | KPM CAFÉ  
WEGELYSTRASSE 1 10623 BERLIN AM S-BHF TIERGARTEN TEL. +49 (0)30 390 090 INFO@KPM-BERLIN.COM WWW.KPM-STORE.COM

# The other Berlin

*the new hotel concept in Germany*



**SCHLOSSHOTEL  
IM GRUNEWALD**  
AlmaBerlin

T +49 (0) 30 / 895 84 0  
[www.almahotels.com](http://www.almahotels.com)